INTERIM

Wöchentliches Berlin-Info

auswärts 3 DM

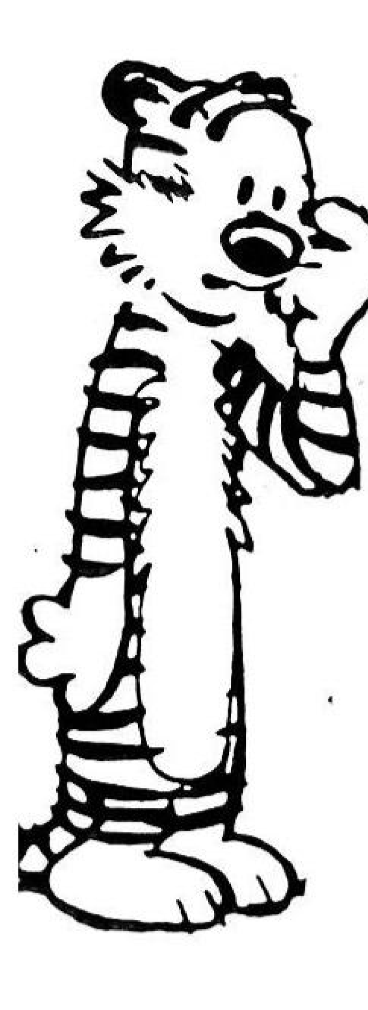
2,50 DM

16. Februar 1995

FREE

MUMIA ABU-JAMAL

Nr. 319



Hey,

wie Ihr am Ende des Heftes sehen könnt, gibt es nur wenige Veranstaltungen und Parties diese Woche. Also Zeit genug, etwas eigenes auf die Beine zu stellen.
Z. B., um auf die aktuell verschärfte Morddrohung an Mumia Abu-Jamal zu reagieren. Es gibt viele US-amerikanische Einrichtungen und Firmen, die bereit sind, das Ausmaß unserer Wut in die Staaten zu übermitteln.
Zum Text der antiimperialistischen Zelle: Die Veröffentlichung des Schreibens ist notwendig für die Diskussion mit ihnen, und eine Auseinandersetzung um 'den Islam' kann spannend sein. Wir müssen aber sagen, daß uns Eure Position zum Iran, Sudan, zur Hisbollah u. a. unklar bleibt. Und daß einiges, das Ihr schreibt, uns erhebliche Probleme bereitet.
Noch etwas allgemeines: Wir können Euch leider nichts zurückschikken, und vor allem haben wir keinen LeserInnenservice. D. h. wir versenden keine alten Artikel oder Extrainfos usw.



Impressum

HerausgeberIn:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.I.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Inhalt:

Ordner:
- Prozeß gegen Nazis der Anti-Antifa in Dortmund
- Ausführlicherer Aufruf zur Demo gegen Beckstein in Nürnberg
- antiimperialistische widerstandszelle sprüht im bereich der justizgebäude in frankfurt eine kurze parole und bekennt sich dazu
- Artikel von Roman Schweidlenka über New Age-Irrungen im ZEGG
- Interview zu Auslieferung von Benjamin Ramos Vega und zur Situation im Baskenland
- Auszüge aus dem Angehörigen Info 163 zu Ursel Quack

Ein paar kurze Anmerkungen und Fragen zum letzten Titelbild:

Das Titelbild der letzten Ausgabe zeigt eine Frau, die sich den rechten Ärmel hochkrempelt, dabei die eine Hand zu einer Faust ballt und dazu etwa sagt: "Wir können es tun". Der Titel war im Zusammenhang mit dem inhaltlichen Themenschwerpunkt Sexismus zu verstehen.

Unserer Informationen nach stammt das Bild aus den den USA und zwar aus der Zeit des II. Weltkriegs. Es stand dabei im Kontext der amerikanischen Kriegspropaganda. Das Plakat war ein Aufruf an die Frauen der Vereinigten Staaten jetzt verstärkt ihren Teil zur Nation und damit zum Krieg beizutragen.

Für eine bessere Diskussion um das konkrete Plakat wäre sicherlich noch eine genauere Recherche nötig. Es stellt sich für uns aber grundsätzlich die Frage, ob es richtig ist, daß wir Bilder aus einem derartigen Zusammenhang, der wohl sicher nicht im Sinne "unserer" Politik steht, für "uns" vereinnahmen und für "unsere" Inhalte die Aussage einfach verändern. Daran schließt sich die noch schwierigere Frage an, ob die Ästetik des Bildes mit den neuen Inhalten, die das Bild vermitteln soll, noch in Einklang steht.
Auch wenn das Titelbild der Nr.318 ganz nett ist bleiben bei uns jedoch einige Bedenken übrig.

Die Situation von Mumia Abu-Jamal hat sich zugespitzt

Drei Wochen nach seiner offiziellen Amtseinführung hat Pennsylvania's neuer republikanischer Gouverneur Thomas Ridge bekanntgegeben, daß er Ende Februar mit der Unterzeichnung von 60 Hinrichtungsbefehlen beginnen wird. Zu denjenigen, die ganz oben auf seiner Liste stehen, gehört der schwarze Journalist und ehemalige Black Panther Mumia Abu-Jamal. Momentan befindet sich Mumia auf Platz 5 der Hinrichtungsliste. Len Weinglass, Mumia's Anwalt, rechnet damit, daß der Hinrichtungsbefehl Mitte März unterschrieben wird. Für diesen Fall wird der Anwalt dann innerhalb einer Frist von 30 Tagen sowohl den Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens als auch einen Antrag auf die Überprüfung des Strafmaßes (Rechtmäßigkeit der Verhängung der Todesstrafe in Mumia's Prozeß) stellen. Theoretisch sollen beide Anträge dazu dienen, den Hinrichtungsbefehl außer Vollzug zu setzen - so lange, bis höchstinstanzlich über beide Anträge entschieden ist. Normalerweise daueren diese Verfahren dann noch einmal ein bis zwei Jahre. Pennsylvanias Gouverneur Ridge ist allerdings nicht dazu verpflichtet, mit der Vollstreckung der Hinrichtung abzuwarten, bis ein Gefangener alle juristischen Mittel ausgeschöpft hat. D.h., daß Mumia's Leben vom Zeitpunkt der Unterzeichnung des Hinrichtungsbefehls an unmittelbar bedroht ist.

Hinzu kommt, daß Mumia Anfang Januar 1995 in einen neuen Hochsicherheitsknast im ländlichen Western Pennsylvania verlegt wurde. In diesem Knast "SCI Greene" befindet sich ein spezieller Trakt, in den innerhalb eines Monats alle 172 Todeskandidaten des Bundesstaates verlegt wurden. Mumias Haftbedingungen haben sich dadurch erheblich verschlechtert: Hofgang gibt es nur noch für eine Stunde am Tag; Duschen ist nur zwei Mal in der Woche erlaubt. Er ist 23h am Tag in der Zelle isoliert, mit einer Stunde Umschluß mit einer Kleingruppe innerhalb des Traktes. Die Besuchsregelungen sind verschärft worden.

Wir möchten Euch bitten, noch einmal verstärkt Solifaxe und Telegramme an den neuen Gouverneur zu schicken. Aktuelle Entwicklungen erfahrt Ihr hoffentlich aus der Tagespresse (wie Junge Welt). Für viele von uns, die schon seit Jahren immer wieder zu Mumias Fall arbeiten, ihn besuchen oder ihm schreiben, war es immer - trotz allem Wissen um die US-Realität - ein bißchen unvorstellbar, daß der Staat es tatsächlich wagen würde, Mumia umzubringen. Jetzt sind wir mit der Situation konfrontiert, daß ein Freund und Genosse, einer, mit dem es immer wieder auch Auseinandersetzung, Streits, aber auch viel gegenseitiges Lernen gegeben hat und gibt, tatsächlich kaltblütig hingerichtet werden soll. Wir denken, daß Mumia im momentanen politischen Klima in den USA nur dann eine Chance hat, zu überleben, wenn es sowohl in den USA als auch hier und in anderen europäischen Staaten gelingt, die Kampagne noch einmal zu eskalieren. Dafür wird es ersteinmal keine zentrale Koordination geben. Aber wir hoffen, daß es möglich ist, dezentral vieles in Bewegung zu setzen. Noch ein Wort zur Unterstützungsarbeit in der BRD: Die Kampagne wird in der BRD von vielen unterschiedlichen Gruppen aus dem links-liberalen, linksradikalen und autonomen Spektrum getragen.

Komitee "Right On", Berlin
c/ Papiertiger, Cuvrystr. 25, 10999 Berlin

Bitte druckt diese Informationen auch in Euren jeweiligen Stadtzeitungen etc. ab.

Mumias neue Adresse:
Mumia Abu-Jamal
AM-8335
SCI Greene
1040 E. Roy Furman Highway
Waynesburg, PA 15370-8090

Informationen und Updates gibt es bei:
Archiv '92, Kampagne Mumia Abu-Jamal, PF 150323, 28093 Bremen, Fax: 0421/353918, Tel.: 0421/354029.
Bitte schickt eine Kopie Eures Protestschreibens ans Archiv '92.

Protestfaxe an:
Governor Thomas Ridge
Main Capitol Building, Room 225
Harrisburg, PA 17120
Fax: 001-717-783-1396 oder 787-7859

An
Gouverneur Thomas Ridge
Main Capitol Building
Room 225
Harrisburg, PA 17120

Governor Ridge,

in Ihrem Bundesstaat befinden sich zur Zeit mehr als 170 Menschen in den Todestrakten. Einer dieser Gefangenen ist der Journalist Mumia Abu-Jamal. Mumia Abu-Jamal war Minister of Information der Ortsgruppe Philadelphia der Black Panther Party. Als weithin bekannter und angesehener Journalist wurde er 1980 Präsident der Association of Black Journalists in Philadelphia. In der Stadt Philadelphia war Abu-Jamal als engagierter Unterstützer der MOVE-Organisation bekannt.

Aufgrund seiner Berichterstattung ist er weit über die Stadt Philadelphia hinaus als "The Voice of the Voiceless" (die Stimme der Unterdrückten) bekannt. Gleichzeitig wurde er damit zum Ziel staatlicher Repression.

1982 wurde Abu-Jamal wegen angeblichen Mordes an einem Polizisten von einer fast ausschließlich weißen Geschworenenjury zum Tode verurteilt. Das Todesurteil gegen ihn wurde mit seinen politischen Überzeugungen und Aktivitäten begründet.

Seitdem wurden seine sämtlichen Berufungsanträge abgelehnt.
Mumia Abu-Jamal befindet sich seit mehr als 13 Jahren in Isolationshaft in den Todestrakten Ihres Bundeslandes. Aufgrund der juristischen Situation liegt die Entscheidung über das Leben oder den Tod von Mumia Abu-Jamal in Ihrer Hand. Wir haben erfahren, daß Sie planen, Ende Februar dieses Jahres mit der Unterzeichnung von Hinrichtungsbefehlen zu beginnen und Hinrichtungen durchzuführen. Damit würden in Pennsylvania zum ersten Mal seit mehr als 20 Jahren wieder Hinrichtungen stattfinden.

Die Todesstrafe ist ein Instrument rassistischer Unterdrückung und wird im Fall von Mumia Abu-Jamal gezielt zur Liquidierung eines politischen Oppositionellen eingesetzt.

Wir fordern Sie auf, den Hinrichtungsbefehl für Mumia Abu-Jamal nicht zu unterzeichnen. Diese Forderung bezieht sich auch auf alle anderen Todesstrafengefangenen in Ihrem Bundesstaat. Die Todesstrafe in Pennsylvania muß abgeschafft werden. Darüber hinaus fordern wir, daß Sie Mumia Abu-Jamal sofort freilassen.

Name Organisation/Beruf Stadt/Adresse

Dresden

Gottesdienst zum 50. Jahrestag der Zerstörung

...en. Bei einem Pontifikalamt in der katholischen Hofkirche, an dem neben Bundeskanzler Kohl zahlreiche in- und ausländische Gäste teilnahmen, rief der Dresdner Bischof, Joachim Reinelt, seine Zuhörer dazu auf, sich auch heute friedensstiftend einzumischen. Zu Beginn des Gottesdienstes versuchte eine Gruppe von Demonstranten, die Messe zu stören. Vo-

Zu Beginn des Gottesdienstes hatten mehrere Demonstranten versucht, die Messe zu stören. Als sie Transparente entrollen wollten, wurden sie von Sicherheitskräften abgedrängt. Einige der etwa ein Dutzend Demonstranten riefen: „Nie wieder Deutschland", „Deutsche Täter sind keine Opfer". Vor der Kirche demo...

Überlegungen zum Klimagipfel

Ihr wißt es ja schon: Vom 28.3. bis zum 7. 4. 1995 findet hier in Berlin der UN-Klimagipfel statt. Hunderte von RegierungsvertreterInnen und Regierungschefs aller Länder werden sich in Berlin versammeln - und nichts wird passieren.

Wie schon die Konferenz in Rio 1992 zu keinem Ergebnis geführt hat, so ist auch von diesem Gigantentreff in Berlin wenig zu erwarten. Vor allem, nachdem vorletzte Woche beim Vorbereitungstreffen in New York das wesentliche bereits abgekaspert worden ist: Es wird in Berlin zu keinem Beschlußprotokoll kommen, das verbindliche Zusagen aller Länder enthält.

Der Gipfel eine einzige Nebelrakete also, ein weiteres überflüssige Freß- und Talk-Gelage. Gemessen an der nachweislich drohenden Klimakatasrophe eine Verarschung aller Völker der Welt!

Sie haben es schlau angestellt: Mögliche kritische Stimmen sind in einem Beiprogramm gleich offiziell mit angedacht: Das Klimaforum, eine lose Vernetzung grüner und entwicklungspolitisch tätiger Gruppen, außerdem sogenannte NGO´s, Nicht-Regierungs-Organisationen werben seit Wochen für Veranstaltungen zum Thema Klima (z.B. Misereor, Diakon. Werk, aber auch B.U.N.D. usw.). Die Liste der vernetzten Gruppen ist lang und die Arbeitsstrukturen dieser Netzwerke schwer durchschaubar.

Leichter zu durchschauen ist dagegen, wer diese Aktivitäten finanziert. Die Gelder kommen zum Großteil aus Senatstöpfen der Landesstelle für Technik und Wirtschaft bzw. der untergeordneten Stelle für Entwicklungszusammenarbeit. Die Leute sitzen in schick eingerichteten und ausgestatteten Räumen in der Behrenstraße, Schon klar, daß da die kritischen Inhalte sorgsam abgewägt werden müssen. Diese Mechanismen sind bekannt und deswegen nicht eigentlich interessant.

Da fragen wir uns schon eher, warum es sowenig Bewegung in unseren eigenen Reihen, die wir linksradikale Politik machen wollen, gibt zum Thema? Auch wir sind erst über die Auseinandersetzung mit Anti-Hauptstadt-Thesen und Aktionfeldern auf den Gipfel gestoßen. Erste Thematisierungen in der Gruppe verliefen zäh und stießen nicht wenig auf Desinteresse unnd Abwinken: So´n Öko-Teil, das interessiert uns nicht!?

Dabei bietet uns der Gipfel doch reichlich Berührungspunkte- und, logisch!, Angriffsfläche:

- auch wir brauchen Luft zum Atmen , Wasser zum Trinken, Kartoffeln... (schon gut, ich höre auf, will nur sagen, daß auch Autonome nicht nur Nikotin inhalieren und Kaffee trinken und sowas wie ein Selbstbestimmungsrecht für ihre Vergiftung beanspruchen können) -
- die Dumpfstadt wird sich wieder einmal als Hauptstadt gebärden, um sich den Regierungsbonzen aller Länder zu präsentieren -
- es ist damit zu rechnen, daß die Stadt sich mal wieder in einen einzigen Belagerungszustand mit Zivil-Kriegsrecht verwandeln wird -
- ausgerechnet diese Stinkestadt, die Oberbaumbrücken dem Stau freigibt und Tiergärten untertunnelt, verspricht frech, bis zum Jahre 2010 den CO_2 Ausstoß um 25 % zu verringern -
- uns allen dürfte längst klar sein, daß die ökologische Katastrophe eine Folge imperialistischer Politik ist, wie eng Imperialismus und Ökologie also miteinander verknüpft sind und in einer radikalen Systemkritik auch so behandelt werden müssen!



Woran also liegt es, daß wir zum Thema Ökologie gerne den Grünen und anderen ganz und gar nicht radikalen Initiativen das Feld überlassen? (Selbst die Brückenini hatte ja größte Mühe, in der Szene Unterstützung zu kriegen.)

Viele von uns haben die Anfänge ihrer Politisierung in einem grünen Umfeld von Bürgerinis usw getan. Möglicherweise hat deren Parlamentisierung und Institutionalisierung zu einer Abgrenzung nicht nur gegenüber diversen Gruppen sondern auch der Thematik geführt. Daß diese Gruppen keine revolutionären, nicht einmal fundamental systemkritische Positionen vertreten, hat dazu geführt, daß wir diese eben gleich mit-abgespalten haben, Ökologie bestenfalls als einen "zweiten Nebenwiderspruch" betrachten...

Außerdem geht für viele ein ökologisches Bewußtsein mit "Spaßverderben" einher, da wäre soviel Verzicht von Nöten und wir wollen eben nicht mehr verzichten: Auf das Auto, die Bierbüchse oder den schnellen Urlaubsflug nach Gomera. Damit sitzen wir aber der zutiefst bürgerlichen Devise auf, die sagt, wer Atomkraftwerke verhindern will, muß das Licht öfter ausknipsen oder den Mund halten.

Bei der Auseinandersetzung mit ökologischen Fragen, der Formulierung radikaler Positionen und Forderungen geht es aber gerade darum, dieser längst erfolgten Kanalisierung des Widerstands -in getrennte Mülltonnen z.B.- etwas entgegenzusetzen.

Erstmal erwischt es die Trikontstaaten: Die zunehmende Verdreckung (Müllexporte, der Export schrottreifer Industrieanlagen, Gentech-Anlagen, die hierzulande auf Grund der noch geringen Akzeptanz nicht so leicht zu installieren sind usw.), nicht zuletzt die Auswirkungen der Polarschmelzung durch die Atmosphärenerwärmung. Daß darüber hinaus sich ein Ökoimperialismus konstituiert, indem wiederum IWF und Weltbank wirtschaftlich erzwingen, daß eben diese Länder ökologisch aufrüsten durch westliche Technologie, zeigt doch klar auf, wie der Hase läuft.

Wir können uns natürlich auch weiterhin einfach verarschen lassen und die zehn Tage im April stillhalten und warten, bis sie alle wieder weg sind.

Wir können aber auch auf der Straße, vor den Hotels, dem ICC, und sonstenswo Zauber veranstalten und deutlich zeigen, was wir wollen und was wir alles nicht wollen.

Unser Aktionsfeld ist so groß wie unsere Stadt, sogar doppelt so groß: Denn wir haben den Tag und die Nacht!

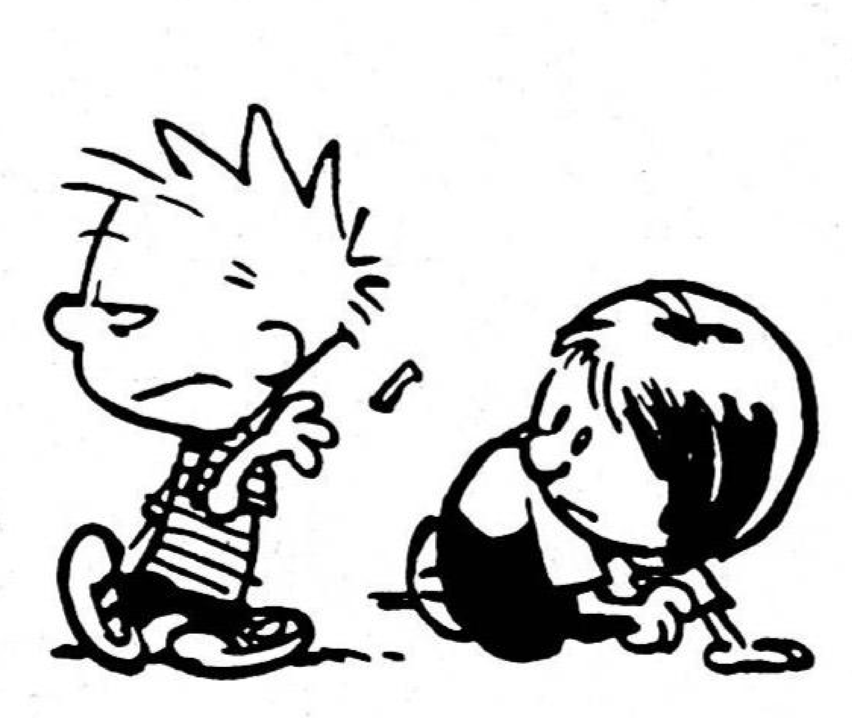
Bis denne!

AOK









Szene(n) aus Freiberg (Saxen)

Hi INTERIM-MacherInnen!

Nachdem wir mit großem Interesse die Beiträge zu den Hausbesetzungen in Schwerin, Brandenburg, Rathenow und Neuruppin (INTERIM #317) gelesen haben, möchten auch wir uns mal zu Wort melden.
Es wäre sehr nett, wenn Ihr unseren Beitrag in einer Eurer nexten Ausgaben mit abdrucken würdet. Also, los geht`s...:



HICKS!

Freiberg liegt mitten im Polizeistaat Saxen, zwischen Dresden und Chemnitz (jeweils 40km). Trotz der ansässigen UNI (TU Bergakademie Freiberg) besteht Freiberg aus 60% CDU-Wählervolk und einigen Touri-Attra ktionen, so daß eine sehr unangenehme konservative Stimmung herrscht. Desto unangenehmer* waren daher in vergangener Zeit einige Aktionen: Da gab es 1992 die erste Hausbesetzung in der Kellermannstraße, wo die Stadtverwaltung den Besetzern schon vorläufige Mietverträge gegeben hatte und es dann aufgrund angeblicher "Lärmbelästigungen der Anwohner" zu einer schnellen Räumung durch die Bullen kam und das Haus innerhalb der nächsten zwei Tage abgerissen wurde!
In der Woche vor der Räumung hatten Nazis versucht, das Haus anzugreifen. Doch Hilfe kam von etwa 50 Punks, die im nahegelegenen SCHLOSS zum Konzert gewesen waren; nicht etwa von der alarmierten(!) Polizei. Erst als die Nazis vertrieben und die 50 Leute auf dem Rückweg waren, wollte die Bullerei "eingreifen". Daraufhin gab es eine dreistündige Straßenschlacht, wobei ca.15 Leute festgenommen wurden.
In der "Freien Presse" wurden schon seit jeher erstmal die (meist falschen) Bullendarstellungen abgedruckt. An den folgenden Tagen gibt es dann manchmal Revidierungen, Gegendarstellungen und dergleichen, die aber meist so schlecht und unbegreiflich verfaßt bzw. umgeschrieben wurden, daß sowieso niemand mitbekommt, was wirklich gewesen ist.
Auch versuchten die Nazis Anfang `92 das Freiberger Flüchtlingsheim zu überfallen. Doch auch hier waren wieder einige Leute schneller und konnten die Nazis vertreiben. Für die Stadtverwaltung war dies aber Grund genug, den armen "verirrten" Jugendlichen der rechten Scene, den Jugendclub "Würfel" am Neubaugebiet Wasserberg zu überlassen.
Doch viele Freiberger Jugendliche fanden diese immer stärkere Rechts-Entwicklung zum Kotzen. Außer dem SCHLOSS-Club, der nach und nach seine politischen Inhalte unter den Tisch soff, gab es keine "linke" Alternative. Trotzdem gab es immer wieder autonome Aktionen: Während eines "bundesweiten TotalverweigererTreffens" in der Stadt, wurde eine "Fete" der Freiberger Burschenschaft "Glück Auf" (troidoofteutsche Studenten) und einem west-Corps auf dem Obermarkt blockiert. Im Vorfeld war es zu einer 20-köpfigen kurzen Spontandemo durch die Innenstadt gekommen. "Leider" wurde nach zweistündiger Blockade die buntbemützte Freiberger Burschenschaft nach Hause geschickt und zwar von ihren "freunden" des westdeutschen Corps*. Die Polizei hielt sich überaschenderweise aus der Sache raus. Im Nachhinein wurden jedoch von den Burschenschaftlern einige Anzeigen geschaltet (Ergebnis: Ordnungsgeld).
Weitere Aktionen gab es während der "Heeresschau der Bundeswehr" im April `93 (Störmanöver und Körperkontakt zu Würfel-Faschos; 3:0).
Auch der Waffenladen in der Burgstraße (Nähe SCHLOSS), der mit Nazi-Ausrüstung handelt, mußte schon des öfteren den Glaser und andere Handwerker zu Hilfe rufen.

* für die Machthaber in der Stadt!

*(Aachen)

... Freiberg (Saxen)

1994 beschlossen dann einige Leute, sich zu nehmen, was innen gehört:
Zuerst besetzten einige RAP-Kids ein ehemaliges Firmengebäude in der
hinteren Silberhofstraße. Merkwürdigerweise lief die Sache sehr still
ab, was Polizeiaktion angeht. Der "rechtmäßige" Pächter zahlte sogar
noch mehrere Monatsmieten für die BesetzerInnen und später konnte ein
10-Jahres-Vertrag mit der Gebäude-GmbH abgeschlossen werden.
Am 15.April `94 besetzten wir das ehemalige Kulturhaus Schössergut im
Münzbachtal Freiberg. Das Gebäude stand seit 6 Jahren leer und gammelte
vor sich hin. Schon zwei Jahre vorher hatten wir einen legalen Antrag
gestellt, uns das Haus für ein Autonomes Jugendzentrum zu überlassen.
Jedoch bekamen wir, trotz Vorlage eines Konzeptes, keine Antwort.
Die Besetzer-Crew bestand aus 11 Leuten und einem Hund. Doch nachdem

STOLPER

wir begonnen hatten, etwas "aufzuräumen" und die Türen zu sichern, wurden
wir nach 7 Stunden Besetzung durch ein 7-Wannen-Einsatzkommando aus Chemnitz brutal geräumt, obwohl es keinen Widerstand gab. Wir wurden ED-mißhandelt und abends dem Haftrichter vorgeführt. 8 der 11 Besetzer mußten
die Nacht in verschiedenen Polizei-Revieren in der Umgegend verbringen.
Die Anklage lautet "Schwerer Landfriedensbruch und Störung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit". In der Presse wurden daraufhin wieder Märchen über schwer bewaffnete Autonome veröffentlicht, um den riesigen Polizeieinsatz zu rechtfertigen. Doch die Rechnung ging diesmal nicht auf!
Obwohl es die Stadtverwaltung sehr eilig hatte, sämtliche Fenster und
Türen des Hauses zuzumauern, gaben wir nicht auf. Wir rückten unserem
CDU-Bürgermeister auf die Bude bis er - die bevorstehende Wiederwahl im
Hinterkopf - uns entgegen kam. Anfang Juli `94 bekamen wir einen Nutzungsvertrag über 20 Jahre!!

ZACK

Seitdem hat sich einiges getan. Gleich zu Anfang wurde im TRAIN CONTROL
(oben erwähnter Club der Rap-Kids) ein Benefiz-Konzert für das neue
Autonome Zentrum "BARRIKADE" gestartet. Durch die Hilfe der Jugendbeauftragten der Stadt wurden uns bisher rund 7000 Mark aus der Stadtkasse
zugebilligt, was aber aufgrund des Zustandes in dem sich das Haus befindet eine eher lächerliche Summe ist. (geschätzte Sanierungssumme: 1,5 Millionen DM!)
In diesem Zusammenhang zu erwähnen ist die Tatsache, daß die Stadt im
gleichen Zeitraum einen neuen Nazitreff mit 35.000 DM ausbauen ließ,
welcher sich "zufälligerweise" ausgerechnet in einem Uni-Gebäude befindet. In der Nachbarschaft befinden sich im übrigen Wohnheime ausländischer StudentInnen! Dort kam es in letzter Zeit auch schon zu Übergriffen.
Als einige Studenten zur Selbsthilfe griffen, half die Polizei den Nazis.
Doch davon kam nichts in der Presse.

Der alltägliche faschistische "schwarze Humor" des Regierungspräsidiums Chemnitz mit seinen Freiberger Bütteln (allen voran Ausländerbehördenleiter Klaus-Jürgen Schöne) ging weiter: Die Abschiebung der kurdischen Familie Öztürk mit ihrer schwer kranken Tochter Ebru; die Festnahme peruanischer Straßenmusiker wegen fehlender Gewerbeerlaubnis (sie hatten Kassetten mit ihrer eigenen Musik verkauft) und Bedrohungen von Flüchtlingen, die zeitweise nicht einmal das Stadtgebiet verlassen durften. Krönung ihrer makabren Aktivitäten wurde der 30.September 1994. Ausgerechnet in der"Woche der ausländischen Mitbürger" und am "Tag des Flüchtlings" wurde dasFreiberger Flüchtlingsheim in der Wallstraße wegen "Unterbelegung" ("jedem Asylant stehen 4m² zur Verfügung") geschlossen. Die "restlichen" 79 Menschen wurden einfach auf andere Heime in der Umgegend aufgeteilt. Bei der Umverteilung verpissten sich 3 Flüchtlinge! (Viel Glück!) Wir organisierten innerhalb einer Woche eine Protestkundgebung, zu der sich leider nur 50 Leute verirrten...armes Freiberg!
Bei uns in der BARRIKADE ging es jedoch weiter bergauf. Trotz fehlender Wasser- und Gasanschlüsse, kaputtem Dach und veralteter E-Leitungen, konnten wir unser Info-Cafe einrichten. Im Keller wurden Proberäume für Bands gebaut und in unserem Riesensaal üben Leute Fahrrad-Trailing und Skateboard. Mittlerweile sind auch schon mehrere Benefiz-Parties gelaufen, die auch regen Zuspruch fanden; zum Teil kamen Leute aus Plauen, Leipzig, Glauchau, Chemnitz, Dresden und Berlin. Unsere "Hausband" FH-72 hat eine neue Benefiz-EP für unser AZ veröffentlicht. Auch von außerhalb kam Unterstützung: Eine größere Summe konnte beim Benefiz in der Tharandter "Kuppelhalle" eingespielt werden (mit 3.WAHL, TERRORGRUPPE u.a.).
Vom 1.- 4.Februar `95 fanden bei uns die ersten "Aktionstage" statt.An 2 Tagen wurden Filme gezeigt und Diskussionen zur antifaschistischen Zusammenarbeit der aktiven Zentren in Saxen geführt. Es gab täglich Volxküche, eine RAP/Hip-Hop/Reggae-Party und zum Abschluß ein HC-Konzert mit ca. 200 Besuchern.

Da es in Freiberg im Vergleich zu anderen Städten selbiger Größe (50.000 Trottel) in Sachsen bisher "relativ" ruhig zuging und wir auch gegen faschistischen Terror gut gerüstet sind, ist anzunehmen, daß die Nazis ihre Aktivitäten weiterhin auf den Dörfern zwischen Freiberg und Dresden ausüben. Auf den sog."Dorf-Disco`s" in dieser Gegend gibt es eine organisierte Fascho-Schutzgruppe, die in diesen Disco`s für Ordnung sorgt; d.h. vermeintliche "Zecken" brutal wegklatscht! Dabei gab es schon mehrere Schwerverletzte!

Dies ist zum einen auf ein fehlendes antifaschistisches Selbstverständnis, Bequemlichkeit und Egoismus (solange mir nix passiert...) zurückzuführen, andererseits auch auf fehlende Strukturn und Möglichkeiten. Jedoch entwickelt sich auch in dieser Richtung etwas Positives, nämlich die Qualität des Widerstandes. Nicht umsonst ließ Innenkasper Eggert das neue Säxische Polizeigesetz einführen, welches die Krönung jeder "Demokratie" darstellt (Legaler Mord; 14 Tage "Vorbeugehaft";Lauschen und Videoüberwachung in jeder Wohnung!) und Staatsterrorismus in reinster Form ist! Wir lassen uns davon nicht einschüchtern. Momentan wird von uns eine größere Demo geplant, die zeigen soll, daß wir auch anders können... (Autonome Gruppen, kommt nach Freiberg!) Außerdem soll es auch wieder Besetzungen geben. Angebliche Wohnungsnot? Aber nicht in Freiberg! Gut ein Viertel der Freiberger Altstadt steht leer; Innenstadt-Citylage für umsonst! Wir eröffnen bald ein Maklerbüro für Autonomes Wohnen,haha... O.k. - soweit erstmal ein Überblick. Neue Info`s kommen bald. Wer sich für dies oder jenes interessiert, kann uns schreiben oder schaut einfach mal vorbei (donnerstags Info/ANTIFA-Cafe). BURN THIS RACIST SYSTEM DOWN !

EURE BARRIKADOS



Stellungsnahme des Papiertigers zur Anti-Deutsch Kampagne

Wir sind ein Projekt, das die Geschichte der linken Bewegungen archivarisch dokumentiert und Gegenöffentlichkeit herstellt. Wir denken daher, daß wir auch eine Verantwortung dafür tragen und Kriterien entwickeln müssen, und nicht kritiklos alles verbreitern.
Wir sehen es auch als notwendig an, dem Geschichtsrevisionismus der herrschenden Kreise entgegenzutreten. Die momentane Anti-Deutsch-Kampagne sehen wir aber als einen Ansatz, mit der das Niveau der Auseinandersetzung um revolutionäre Theorie und Praxis zurückgedreht wird. Linke, die nicht mit ihrer Position übereinstimmen, werden als "deutsch", somit nicht wahrhaft antifaschistisch diffamiert. Diese Methode sich zum Vertreter der "reinen Lehre" zu machen lehnen wir ebenso ab, wie den Inhalt dieser Kampagne.
Wir sehen uns in einer Zeit, in der es ein großes Bedürfnis nach Strategiediskussionen, aber wenig Ansätze gibt, diese Diskussion in breiterem Rahmen konstruktiv zu führen. Daher können die "Kampagneros", zusammen mit Unterstützung einer geballten linken "Medienmacht" umso größeren Schaden anrichten.

Wir haben uns deshalb entschieden, uns an keinerlei Mobilisierungen im Rahmen der Anti-Deutsch-Kampagne zu beteiligen, bzw. uns in irgendeiner Form, sei es durch das Verbreitern von Flugblättern, Aufrufe zu Veranstaltungen, usw. darin einbinden zu lassen.
Im folgenden wollen wir unsere Position inhaltlich weiter begründen:

1. die Konstruktion eines ethnischen Hauptwiderspruchs ist reaktionär. Der Geschichtsrevisionismus, der von den herrschenden Kreisen ganz besonders in diesem Jahr versucht wird einen weiteren Schritt voranzubringen, kann nicht dadurch bekämpft werden, indem die Argumentation einfach umgedreht wird. Die Konstruktion einer (volkischen?) "deutschen Kollektivschuld" bewegt sich auf dem gleichen Niveau der Auseinandersetzung, wie DIE Deutschen als Ganzes von der Verantwortung der Geschichte entlasten zu wollen.

2. Die "Ethnisierung des Sozialen" von links, entspricht darüberhinaus dem Zeitgeist. Die Medien versuchen besonders in den letzten Jahren, Konflikte und Kriege, z.B. Ex-Jugoslawien, Somalia, Kurdistan, usw. fast ausschließlich als Produkte des Volkerhasses und sog. ethnischer Konflikte darzustellen, um eine Auseinandersetzung mit u.a. okonomischen und anderen Hintergründen zu verhindern, mit dem Ziel Bezugspunkte zu (potentiellem) Widerstand zu verschleiern und imperialistische Interventionen als einzige Moglichkeit zu rechtfertigen.
Die "Gleichschaltung" der Medien in der BRD (z.B.Golfkrieg) leistet dazu ihren Beitrag. Dieses erinnert an die Nazi-Vergangenheit.



3. Die undifferenzierte Darstellung ganzer Völker als Täter ("die faschistischen Kroatinnen"), bzw. Opfer ("die Moslems") schafft theoretisch "Volksgemeinschaften", die es in unserem Denken nicht gibt. Diese Sichtweise überlassen wir den Faschisten und Nationalisten.
In Deutschland machen auch wir große Teile der Bevölkerung verantwortlich, weil sie aktiv mitgemacht haben, bzw. die faschistische Politik zugelassen haben. Das ist keine Frage! Damit müssen wir uns auseinandersetzen, damals wie heute.
Warum gab es keinen starkeren Widerstand? Wie können wir aus der Geschichte des antifaschistischen, antinationalistischen Widerstands lernen?
Weder die Behauptung des gut durchorganisierten Repressionsapparates hätte die "Deutschen" am Widerstand gehindert, noch die platte Antithese, die z.B. mit dem völligen Versagen der ArbeiterInnenbewegung und dem Nichtvorhandensein von Widerstand gegen den NS-Staat, können dessen Funktionieren über einen längeren Zeitraum erklären. Wir finden es wichtig uns mit den konkreten Lebens- und Kampfbedingungen vor und während des Nazi-Faschismus genauer zu beschaftigen. Und an welche Grenzen gerade der organisierte und bewaffnete Widerstand gekommen ist.

Die Opfer der Nazi-Politik auf ihre Rolle als Opfer zu reduzieren ist falsch. So gab es auch überall Widerstand von "JüdInnen", ZwangsarbeiterInnen, usw. Ihr Widerstand ist uns Bezugspunkt und auf keinen Fall der eines Bomber Harris.

4. Obwohl wir selbst eine kritisch-solidarische Position zu nationalen Befreiungsbewegungen haben, finden wir die grundsätzliche Ausgrenzung und Abstempelung von Menschen und Organisationen, die sich auf nationale Befreiungskampfe beziehen absolut chauvinistisch. Die "systemimmanente "Vernichtung" von Menschen im Trikont, ebenso wie der Krieg gegen die Befreiungsbewegung in Nordirland, usw. durch die (nicht nur deutschen) Imperialisten, läßt sich ebensowenig durch die Methoden der Nazis relativieren, wie umgedreht.
Auf dieser Stufe der Entwicklung des international agierenden Kapitals, kann es keinen rein "deutschen Antifaschismus"geben. Der Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Faschismus gehort ebenso dazu.

5. Die Propagierung des "deutschen rassistischen Massenkonsenses" arbeitet den staatstragenden Medien und Nazis zu.
Die breite Berichterstattung dieser Medien über "Asylantenströme" und rechte Aufstände wie in Rostock, soll Stimmung schaffen und dient zur Legitimation und Verschärfung z.B. bei der Durchsetzung der "Ausländergesetze", fast völliger Abschaffung des Asylrechtes....... Die sog. "Ausländerproblematik" wird kampagnenmäßig immer wieder zur Hauptfrage ıesellschaftlicher Auseinandersetzung hochstilisiert. Gleichzeitig werden andere gesellschaftliche Widersprüche in den Hintergrund gerückt.





Wir müssen uns mit den Ursachen und Folgen des Rassismus bei uns und insgesamt in der Bevölkerung auseinandersetzen. Die "Antideutschen" versuchen sich eine andere (negative, rein abgrenzende) Identität zu schaffen, indem sie sich über alle anderen drüberstellen und sich so aus der Verantwortung zu stehlen.
Mit ihrem Versuch den Anstrengungen der Herrschenden eine deutsche Identitat zu schaffen, eine antideutsche gegenüber zu stellen, reproduzieren sie damit die Leere ihres Feindbildes. Auf der anderen Seite recyclen sie mit ihrem Identitätskult (über Abgrenzung) eine Politik, von der wir annehmen, daß deren Scheitern schon seit langerer Zeit klar sein sollte.

6. In diesem Zusammenhang fällt auch ins Auge, daß das Thema Sexismus/Geschlechterverhaltnis völlig übergangen wird.
Praktisch drückt sich das auch in dem männlich-arrogantem Gehabe und der Redestruktur der Herren aus.

7. Wir wollen uns nicht auf eine "antideutsche" oder sonsteine Identität reduzieren lassen, schließlich geht es um unsere Befreiung aus allen Unterdrückungsverhältnissen. Das Eine ist mit dem Anderen untrennbar verbunden.

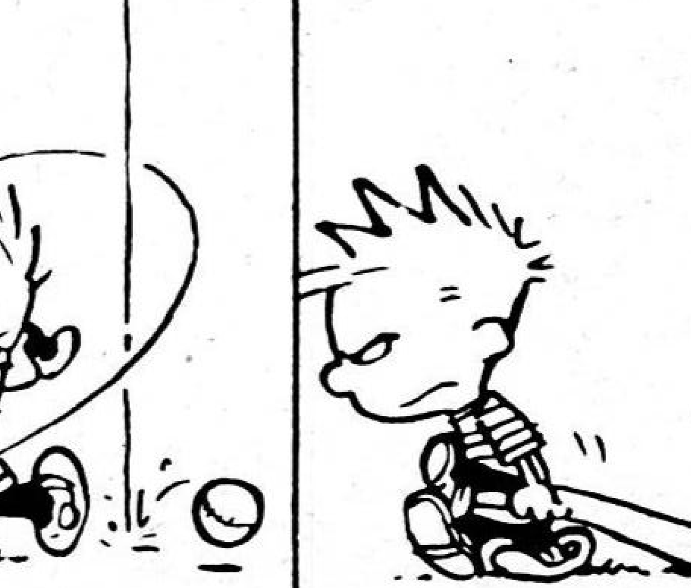
Wir schlagen vor, sich die Geschichte nicht als eine von "nationalen Kämpfen" anzuschauen. Und nicht mehr nur mit dem Blick von oben herab, der sich auf nichts mehr beziehen kann und den eigenen Frust legitimiert. Sondern auch als eine Geschichte von gesellschaftlichen Widersprüchen, einschließlich sozialer Bewegungen und Kämpfe, auf die wir uns beziehen und aus denen wir lernen können.

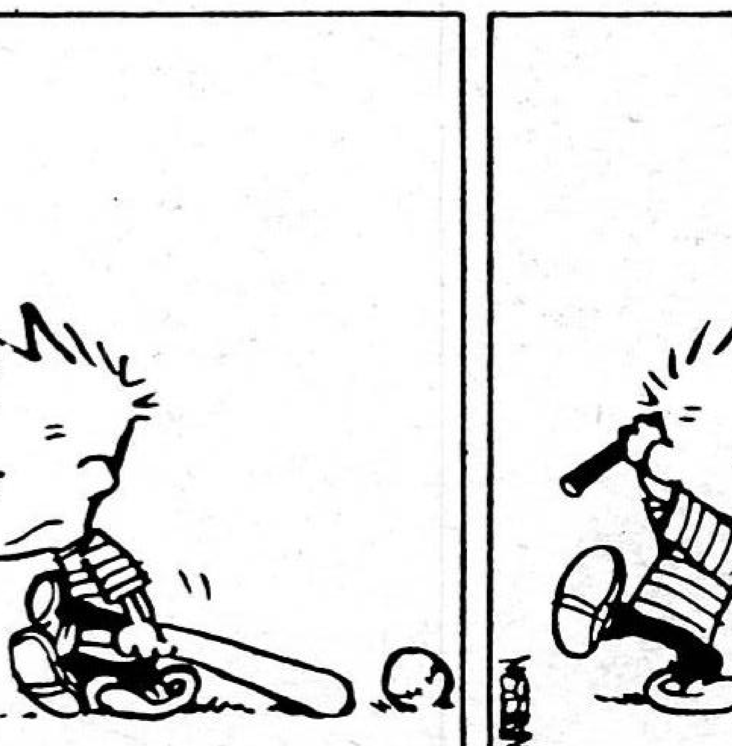
Auch wenn die Herrschenden diese Geschichte durch ihre Revisionismuskampagne am liebsten auslöschen wollen.

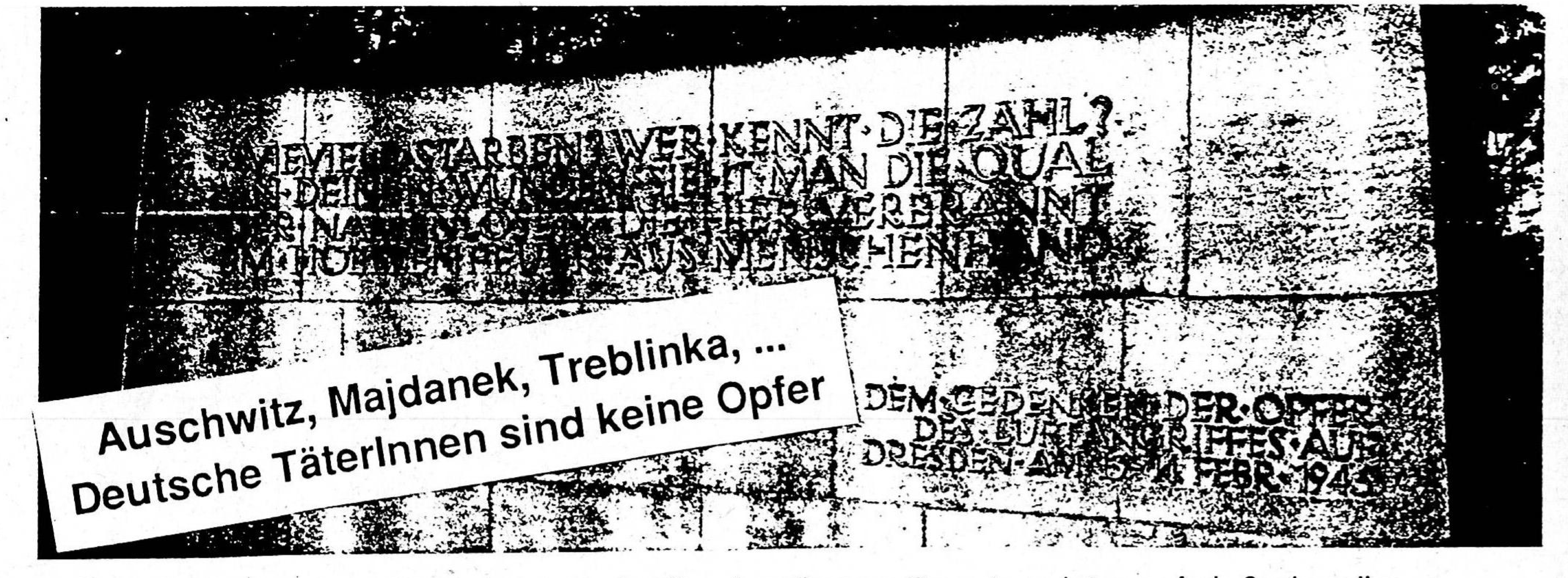
die PAPIERTIGERINNEN











Das „Gedenken" am 50. Jahrestag der Bombardierung Dresdens ist uns Anlaß, den die Opfer und TäterInnen gleichsetzenden Spruch auf dem Gedenkstein für die Toten der Luftangriffe auf dem städtischen Heidefriedhof in Dresden inhaltlich zu korrigieren.

50 Jahre nach der Befreiung Europas vom NS-Faschismus wird die Entsorgung der deutschen Geschichte in der Öffentlichkeit mit aller Macht vorangetrieben, damit das wiedervereinigte Deutschland seine alte Großmachtpolitik ohne moralische Bedrängnis betreiben kann.
50 Jahre nach Auschwitz kommen der überwältigenden Mehrheit der Deutschen die diesjährigen Gedenkfeierlichkeiten gerade recht, um sich als Opfer von „Krieg und Gewaltverbrechen" zu präsentieren, anstatt die Wahrheit zu sagen, daß sie zur Population der TäterInnen gehören.
Die Einzigartigkeit der Shoah wird durch das Nebeneinanderhergedenken der Befreiung von Auschwitz, der Bombardements auf Dresden, der Vertreibung der Deutschen aus den von den Deutschen besetzten Ländern und dem 8. Mai als Datum der Niederschlagung des NS, wieder einmal zu relativeren versucht. Und gegen die sog. „Kriegsverbrechen" der Alliierten aufgerechnet.
Die Inszenierung von „Dresden" unter Teilnahme volksdeutscher Massen, der politischen Elite, einschließlich Bundespräsident Herzogs, sowie ausführlicher Medienpräsenz stellt einen Höhepunkt in dieser Gleichsetzungspolitik dar.
Mit der seit Jahrzehnten verbreiteten Schluß-Strich-Mentalität der Deutschen soll in diesem Jahr endgültig verbannt werden, daß die deutsche Volksgemeinschaft den NS bis zum letzten Tag, sei es als Wehrmachtsoldat, als ArbeiterIn in den Munitionsfabriken, als KZ-AufseherIn oder als LuftwaffenhelferIn, getragen und verteidigt hat.

Wir gedenken in diesem Jahr den ermorderten JüdInnen, Sinti und Roma, ZwangsarbeiterInnen, Behinderten, Lesben und Schwulen, den ermorderten BewohnerInnen der von den Deutschen überfallenen Ländern. Und vergessen nicht, daß die Bombadierung Dresdens einem Teil der letzten 70 JüdInnen, die noch im Februar 45 zur Vernichtung abtransportiert werden sollten, zur Flucht verhalf und damit ein Überleben ermöglichte.

Heute formiert sich die Volksgemeinschaft neu. Der deutsche Mob sammelt sich vor Flüchtlingsheimen, bereit zum massenhaften Töten, jüdische Friedhöfe werden geschändet und an den Grenzen macht der BGS mit Unterstützung Freiwilliger Hatz auf Flüchtlinge. Die sogenannte „Zivilgesellschaft" diskutiert von FAZ bis TAZ die erneute Bombardierung jugoslawischer Städte und Dörfer, während die politische Elite ihre Planung zur Schaffung eines „Kerneuropas" in historischer Analogie zu den Plänen eines NS-Europas vorantreiben.

Deshalb haben wir auf dem Mahnmal die Parole

Auschwitz, Majdanek, Treblinka, ...
Deutsche TäterInnen sind keine Opfer

hinterlassen.

Antideutsche Gruppe Pola Ester
(jüdische Partisanin im Warschauer Ghetto)

Sonderkommando mußte im Staatsrat Pferdemist überprüfen

Gegen 15 Uhr wurden Mitarbeiter des SEK sowie Schutzpolizisten von der Suchaktion abgezogen, weil „der Riesenaufwand" nicht mehr vertretbar sei. Ihr neuer Einsatzort: Das einstige DDR-Staatsratsgebäude, wenige hundert Meter von der Fischerinsel entfernt. Dort sind gegenwärtig die Siegermodelle im Gestaltungswettbewerb für das neue Bundeskanzleramt ausgestellt. Unbekannte hatten dort zuvor auf ihre Weise Architekturkritik geübt. Mit einer Fuhre Pferdemist, die sie über die normalerweise gut bewachten Modelle kippten. Auch sie konnten unerkannt verschwinden.

Sport

Sport

Sport



uns reichts schon lange !

wir haben am 02.02.95 gegen 23.00 uhr die polizeidirektion neubrandenburg in der stargarder straße mit farbflaschen angegriffen.
dabei gingen auch 2 fenster zu bruch.
das ist eine symbolische antwort auf ihren terror!
es gab zahlreiche versuche der bullen die linke szene in neubrandenburg zu kriminalisieren, zu schikanieren und einzuschüchtern.
im laufe des vormittags am 02.02.95 wurden die bewohnerInnen der beiden ehemals besetzten häuser in der robert-blum-str.3 und in der südbahnstr.7 wieder mal opfer eines terroristischen überfalls durch neubrandenburger bullen. dies war eine fortsetzung
- einer serie von illegalen hausdurchsuchungen gegen alternative wohnprojekte
- von schikane, bespitzelung und razzien gegen linke jugendzentren.

wir werden nicht weiter tatenlos zusehen, wenn bullen und staatsschutz auf kriminelle art und weise in persönliche und politische lebensbereiche von linken und antifaschistenInnen eindringen .

aufschwung ost

Sport

Sport

Sport

Staatsschutz ermittelt gegen Randalierer vom Wochenende

Gomolka beschwert sich beim Innenminister über Polizei

Von MICHAEL KUHLI

Greifswald. Die Krawalle vom Wochenende ziehen immer weitere Kreise. Inzwischen ermittelt nicht mehr die Greifswalder Polizei, sondern die Staatsschutzabteilung der Kriminalpolizei-Inspektion gegen die Randalierer. Bereits am Dienstag hatte das Innenministerium den Greifswalder Polizeichef Wolfgang Grau und den Leiter der Anklamer Polizeidirektion, Klaus Wils, nach Schwerin zur Berichterstattung gerufen. Grau wurde untersagt, zu den Krawallen öffentlich Stellung zu nehmen.

Der CDU-Kreisvorsitzende und Ex-Ministerpräsident Alfred Gomolka kündigte unterdessen an, sich bei Innenminister Geil über das Verhalten der Greifswalder Polizei beschweren zu wollen. Deren oberster Dienstherr ist Gomolkas Parteifreund Rudi Geil.

Innenministerium schaltete sich ein

Im Innenministerium bemüht sich inzwischen ein Staatssekretär, die Wogen nach den Krawallen zu glätten. Das Ministerium beschränkte sich gestern abend auf folgende Stellungnahme: „Entsprechende Konsequenzen in sowohl personeller als auch sachlicher Hinsicht wurden gezogen. Eine detaillierte Untersuchung des Polizeivorgehens wurde veranlaßt."

Etwa 20 Jugendliche hatten Freitag abend in der Innenstadt Banken, Büros, Geschäfte und die CDU-Geschäftsstelle mit Steinen und Farbbeuteln attakiert. Obwohl vier Polizeiwagen zum Tatort eilten, konnten die Randalierer unerkannt fliehen. Polizeichef Grau vermutete die Täter in seiner ersten Stellungnahme im Umkreis der „linksextremen und autonomen Szene".

Der OZ wurde gestern ein anonymes Schreiben zugespielt, in dem es heißt: Die Randale „sollte eine symbolische Aktion sein, gegen die, die unsere Stadt kaputtmachen". „Alle Banken verdienen an Rüstung, Krieg und Hungertod", versucht das Papier die Krawalle zu rechtfertigen. „Die Banken finanzieren die Vertreibung - auf Kosten der Menschen dieser Stadt."

Da allerdings das Haus der Deutschen Bank am Markt der Stadt gehört, muß die Hansestadt als Vermieterin auch die Renovierungskosten von 18 bis 20 000 Mark tragen. Dazu heißt es in dem Computerausdruck lapidar: „Wer an Verbrecher vermietet, ist mitverantwortlich." Die Steinwürfe auf die Drogerie Roßmann und einen Laden für Sicherheitstechnik in der Steinbecker Straße hingegen bezeichnen die Randalierer als „Fehler". Man habe nur Banken, Spekulanten und die CDU treffen wollen. Bei dem Laden in der Steinbecker Straße wollten sie sich „entschuldigen".

Das bei der OZ eingegangene Schreiben zeichnet sich durch genaue Kenntnis der Greifswalder Verhältnisse aus und spricht an verschiedenen Stellen von „unserer Stadt". Dagegen b… die Polizei bisher die These… treten, zumindest ein Groß… „Chaoten" sei von außerh… Berlin oder Rostock ang…

Banken … Spraydose b…

Bei der OZ meld… außerdem ein … ben haben will… 23 vermumm… dem Haus … Westbank's … terer Jug… geschob… ner Sc… bespr… gen … Son…

wir haben am 3.2.1995 abends banken, makler, den cdu-sitz im greifswalder zentrum mit steinen, farbe und sprüchen versehen, sowie 2 anfahrende bullenwagen aus gründen des selbstschutzes angegriffen.
die umstrukturierung der innenstadt zu einer toten büro- und geschäftsfläche (von der stadtregierung geplant und zugelassen),die zerstörung von wohnraum, die bodenspekulation der makler, den mietwucher der hausbesitzer, die wohnungsnot trotz der massenhaft leeren wohnungen, die macht der banken durch ihre geldgeschäfte, durch die zinswirtschaft, erzwungenen geldgeschäfte, durch die zinswirtschaft, erzwungenen erpressung der armgemachten "ehemaligen" kolonialländer (besonders durch die deutsche bank) nehmen wir nicht tatenlos hin!
solange einige wenige für ihren privaten profit andere ausbeuten wird es widerstand geben, trotz staatsgewalt!
lassen wir den bonzen keine ruhige minute!

einige wütende

Das Werk der Zerstörer: Die Polizei grübelt noch über das Motiv der 20 Jugendlichen nach, die Scheiben von Banken und Büros einwarfen.

DEMONSTRATION

18.Feb. 11.00Uhr. Heinrich Böll Platz Langwasser

zu Günter Beckstein (CSU)
DAS UNRECHT IN DIESEM LAND HAT SYSTEM!
DAS SYSTEM HAT NAME UND ANSCHRIFT!

Zum Beispiel Günter Beckstein, CSU, bay[illegible]rischer Innenminster. Er ist einer aus den vordersten Reihen der Sc[illegible]her und Vorreiter einer Law & Order Politik. Vieles, für das er steh[illegible], das er fordert und auch durchsetzt, hätte vor wenigen Jahren noch als typisches Kennzeichen einer Diktatur gegolten:

1. Das Organisierungsverbot und Kriminalisierung linker Organisationen.
Beckstein und seine Partei gehören zu den schärfsten Verfechtern des Verbots aller kurdischen Organisationen, die von den Herrschenden in Zusammenhang mit der PKK gebracht werden.
Die BRD stellt sich hier in politische Komplizenschaft mit dem türkischen Staat, indem sie im Einklang mit diesem den kurdischen Befreiungskampf als „Terrorismus" diffamiert.

2. Das Verbot bestimmte Worte öffentlich zu verwenden.
Beckstein erließ das Verbot das Wort „PKK" und den Namen ihres Generalvorsitzenden auf öffentlichen Veranstaltungen zu nennen.

3. Abschiebung hier im Exil lebender Oppositioneller in die sie verfolgenden Heimatstaaten.
Dies gilt natürlich für politische Flüchtlinge vieler Länder, besonders aber für die Abschiebung von KurdInnen macht Beckstein sich persönlich stark.
Im März '94 verhinderte die Polizei in Augsburg und anderswo die Feiern zum kurdischen Neujahrsfest „Newroz". Sie provozierte die darauf folgenden schweren Auseinandersetzungen zwischen KurdInnen und der Polizei. Die dabei Festgenommenen und/oder identifizierten KurdInnen haben nun mit Verfahren und ihrer Abschiebung in die Hände des türkischen Regimes zu rechnen. Wurden die ersten 13 Ausweisungen in Bayern zunächst gerichtlich niedergeschlagen - worauf *Beckstein* mit dem Ausspruch reagierte: „Dann müssen wir eben das Recht ändern" - sind nun bereits Abschiebungen erfolgt.
Auch nach der weltweiten Empörung, die die Verurteilung kurdischer Abgeordneter durch die türkische Justiz Ende 94 ausgelöst hatte, weigerte er sich als einziger Innenminister eines Bundeslandes, einem Abschiebestop zuzustimmen. So wurde Ende Dezember in Bayern ein Kurde trotz laufender Eilanträge seiner Anwälte abgeschoben. Der bayrische Flüchtlingsrat griff dies als eklatante Rechtsverletzung an.

4. Die Aufhebung des (nach den Erfahrungen im Nazifaschismus verhängten) Trennungsgebot von Polizei und Geheimdiensten. Großer Lauschangriff und gerichtliche Verwertbarkeit des Erschnüffelten.

5. Staatlich organisierte Repression gegen bestimmte „asoziale" Personengruppen.
Gemeint ist die Hetze gegen Punks, Obdachlose, Drogenabhängige oder andere Personengruppen, die „das öffentliche Bild stören". Die Polizei übt auf sie mit ständigen Schikanen - Kontrollen, Platzverweisen, Mitnahme - Druck aus, um sie aus der Nürnberger Innenstadt und anderen Stadtzentren zu vertreiben.

6. Abschottung nach außen gegen den Zuzug „Volksfremder".
Bayern rühmt sich seiner hohen Erfolgsquote im Zurückweisen von Flüchtlingen. Hier, wie in der ganzen BRD, werden sie in Lager gepfercht, in Abschiebehaft gesteckt und zurück in Folter, Hunger, Elend und Tod geschickt.

7. Vollmacht für die Polizei jedEn jederzeit ohne Angabe von Gründen zu kontrollieren und zu durchsuchen.
Nach der jüngsten Änderung des Polizeiaufgabengesetzes darf in Bayern die Polizei in Grenznähe und auf Fernstraßen nun willkürlich Fahrzeuge kontrollieren und durchsuchen, ohne daß dabei ein konkreter Verdacht auf begangene Straftaten vorliegt (*Beckstein* versuchte dies gegenüber einem Nürnberger Radiosender abzumildern, indem er meinte, eine Familie auf dem Wochenendausflug beträfe dies wohl nicht, allerdings aber z.B. ein „verdächtiges" Auto mit ausländischem Kennzeichen. Wen beruhigts?).

8. Internierung „gefährlicher" Personengruppen.
Auf dem Höhepunkt der Hetze gegen Aidskranke forderte die CSU - *Beckstein* war damals Staatssekretär des Inneren - die Einrichtung spezieller Kliniken und die Zwangseinweisung HIV-Infizierter. Dies richtete sich natürlich schwerpunktmäßig gegen die von CSU-Politikern diffamierten Gruppen: Homosexuelle, Prostituierte und Drogenabhängige.

Auf zu Becksteins Haus. Zerren wir ihm die Maske des Biedermanns herunter. Er steht für eine reaktionäre Politik, er steht für ein menschenfeindliches System!
Stehen wir zusammen, Becksteins Pläne zu durchkreuzen und unsere eigenen auf die Tagesordnung zu setzen.

OFFENE GRENZEN - BLEIBERECHT FÜR ALLE !
KAMPF ALLEN FASCHISTISCHEN ORGANISATIONEN !
KEINE UNTERSTÜTZUNG DES FOLTERSTAATES TÜRKEI !
WEG MIT DEM VERBOT DER PKK !

Demonstration Samstag 18.Feb.1995
11.00 Uhr Heinrich Böll Platz

neben dem Einkaufszentrum Langwasser

Es rufen auf: Organisierte Autonomie - Mufflons gegen Rechts - Basta - Rote Antifa Nbg. - Sozialistischer Hochschul Bund - Courage - Antifaschistisches Aktionsbündnis - Ökologische Linke - Bund junger Kommunisten - Deutsche Kommunistische Partei - Antirassismusreferat der StuVe Erlangen -
Die Durchführung der Demonstration unterstützen: Infobüro - Initiative zur Vereinigung der revolutionären Jugend - Rebell -

V.i.S.d.P. P.Meier Austr78,Nbg.

Schwule in Sachsenhausen

Schwules Seminar

vom 18. bis 21.april 1995 in Berlin Konradshöhe

Am 27. April jährt sich die Befreiung des Konzentrationslagers Sachsenhausen zum 50. Mal. Was die Mehrzahl der Politiker zum Anlaß eines Schlußstrichs nehmen werden, soll für uns Ausgangspunkt neuer, intensiver Beschäftigung werden: Annäherung an die weitgehend unbekannte Historie der Rosa-Winkel-Häftlinge im KZ Oranienburg-Sachsenhausen. In den Konzentrationslagern als zentralen Institutionen des NS-Terrors kristallisieren sich Machtverhältnisse und extreme Pole menschlichen Daseins. Eine Auseinandersetzung mit dem konkreten Ort des Verbrechens ist deshalb auch eine Frage des menschlichen Lebens überhaupt, und dies zumal für Schwule, die wir heute zwar eine große Nische im gesellschaftlichen Leben erkämpft haben, und dennoch in einer nichtakzeptierten, labilen Situation repressiver Toleranz leben, die kaum Raum und eigene Perspektive läßt.

'Totgeschlagen - totgeschwiegen' lautet die Überschrift, unter der verschiedene Schwulen- und auch Lesbengruppen in den vergangenen Jahren die Aufmerksamkeit darauf gelenkt haben, daß die Rosa-Winkel-Häftlinge weitgehend vergessene Opfer des Mörderstaates sind. In diesem Zusammenhang entstanden auch die Forschungsarbeiten des Historikers Joachim Müller vom Schwulen Museum Berlin, der nachweisen konnte, daß vor allem im sog. 'Klinkerwerk', einem Außenlager des KZ Sachsenhausen, viele schwule Häftling arbeiteten und Schwule dort systematisch ermordet wurden.

Einhergehend mit rechten Ideologien über das Ende der Nachkriegszeit und damit ein Ende der deutschen Schuld deutet sich die problematische Seite einer Betrachtung an, die nicht mehr differenziert und dann nur noch Opfer und keine Täter mehr kennt. Jüngstes Beispiel für solche Begriffslosigkeit auch unter Schwulen war die geplante (und schließlich in kleinerem Umfang auch durchgeführte) Kranzniederlegung von Schwulenverbandsfunktionären an der 'Neuen Wache' anläßlich der letztjährigen CSD-Demonstration. Auf Ebene der Gedenkstätten zeigt sich diese Problematik u.a. in der starken thematischen Gewichtung der "sowj. Speziallager" nach 1945. Einer solchen funktionalen Sichtweise wollen wir entgegenwirken, indem wir den Schwulenmord als Teil der gesamten Mordmaschine thematisieren und auch den Vorbehalten der kommunistischen Gefangenen gegenüber den Rosa-Winkel-Häftlingen nachspüren.

Das Seminar richtet sich an Schwule, es wird veranstaltet vom Bildungswerk für Demokratie und Umweltschutz und durchgeführt von einem schwulen Team. Es findet während der Woche nach Ostern statt, von Dienstag früh bis Freitag nachmittag, in der DAG-Bildungsstätte in Berlin-Konradshöhe. Das Haus ist komfortabel eingerichtet und liegt idyllisch - direkt an der Havel und am Tegeler Forst. Die Unterbringung erfolgt in Doppelzimmern mit Dusche und WC. An Freizeitmöglichkeiten bieten sich unter anderem Waldspaziergänge, Spiele, Volleyball, Tischtennis, Radtouren an. Jeweils vor- und nachmittags werden wir einen 3stündigen Seminarblock durchführen, am Mittwoch werden wir den ganzen Tag in Sachsenhausen verbringen.

Die Teilnahme kostet inclusive Übernachtung und Vollverpflegung 120 DM für Verdienende bzw. 60 DM für Nichtverdienende. Teilnehmen können max. 20 Schwule (in der Reihenfolge der festen Anmeldung). Das Seminar wird als Bildungsurlaub anerkannt. Anmeldung ist möglich, bzw. weitere Informationen sind erhältlich bei: **Bildungswerk für Demokratie und Umweltschutz, Zeughofstr. 20, 10997 Berlin - Tel. 030 - 612 60 74**

Kurze Prozesse - lange Gesichter

"Er war der Gejagte, der zweitausend Jahre Geschichte der Demütigung in sich trug. Für einen Augenblick aber wurde er zum Jäger: nicht aus Freude am Weidwerk, sondern aus dem Willen zu bleiben, der er war, und zugleich ein anderer zu werden." (Jean Amery, Widersprüche 1971)

Im November '94 endete der Prozeß gegen sechs Berliner MigrantInnen aus den Antifasist-Genclik-Zusammenhängen und einen deutschen Antifaschisten. Es war ein kurzer Prozeß.
So wie die vorangegangenen in dieser Sache. So wie das vorläufig letzte Urteil der "QuerdenkerInnen". So wie Überhaupt zur Zeit viele Prozesse jeder Art laufen. Unter anderen Umständen, bei einem anderen Verlauf dieser Prozesse, hätten wir uns wahrscheinlich auf eine gemeinsame Auseinandersetzung über den Prozeßverlauf eingelassen. Vielleicht hätten wir sogar manchen Kritiken zugestimmt.
So wie die Dinge stehen, sind wir nicht imstande dies zu tun. Statt dessen packt uns die Wut über diese Art der Geschichtsschreibung - selektiv und deutsch.
Erstens, weil der gesamte Verlauf, d.h. vom Hintergrund der Aktion bis hin zum Prozeß - wie so oft - ausgeblendet wird, und zweitens, weil unsere Sicht, die mittlerweile ziemlich bekannt sein dürfte, nicht in die Auseinandersetzung einbezogen wurde und wird.
Zur Erinnerung: Der erste Prozeß, veranstaltet und ritualisiert durch Teile der autonomen Zusammenhänge fand kurz nach dem Angriff auf die Nazis statt und endete mit eine Verurteilung ihrer "Killer". Verschärfend kam hinzu, wie in der Interim formuliert wurde, daß keine Erklärung seitens der AngreiferInnen abgegeben wurde! Später, nach den Verhaftungen, fiel das zweite Urteil: ein Teil der autonome Szene bestätigte in einer Art autonomem Revisionsverfahren das erste Urteil, wie dies in Veranstaltungen in Berlin und Frankfurt geschehen ist. Ein Schnellverfahren, kurz und bündig.

Die Zeitung der Enkelgeneration (taz) war ihrerseits mit ihren Hetzkommentaren ("keine Aura des Politischen mehr") und -artikeln ("Spiel mir das Lied vom Tod") bemüht, eine Vorverurteilung zu erzwingen. Detaillierte Beschreibung des Tathergangs sollten Empörung und Abscheu gegenüber den "TäterInnen" hervorrufen. (O-Ton: "Gerhard Kaindl erlag keineswegs "wenige Stunden später seinen Verletzungen", sondern krepierte, nachdem seine Lunge mit einer 25 Zentimeter langen Messerklinge zerfleischt wurde, noch in der Kneipe." (21.10.94).
Als die Staatsanwaltschaft den Mordvorwurf zurücknahm, urteilte die Taz: "Und doch sind sie schuldfähig" (taz, 20.10.94).

In diesem Klima kamen wir zu der festen Überzeugung, daß mit diesem Prozeß ein Exempel statuiert werden sollte. Wir dachten, wenn die schon so denken, was wird ein deutschen Gericht wohl entscheiden? Es ist keine Zuspitzung, wenn wir im nachhinein eine gewisse Erleichterung empfinden, daß die Verhafteten nicht durch diesen Teil der Szene abgeurteilt worden sind!

Der Versuch, mit den schwachen Mitteln des geschriebenen Wortes ("Redebeitrag auf der Demo am 20.4.94 in Berlin", "Die Weizsäckerisierung der Militanz" usw.) klar zu machen, daß wir uns mit einer derartigen Aburteilung nicht abfinden würden, lief ins Leere. Schon damals hatte uns angekotzt, erneut erklären zu müssen, was längst keiner Erklärung mehr bedarf, und uns immer wieder dem Rechtfertigungszwang der Szene zu unterwerfen.

Klar ist, daß wir diesem Zwang solange unterliegen, wie wir keine eigene Stärke entfalten. Und auch dies ist im Verlauf dieser Prozesse gescheitert. Da es uns nicht gelungen ist, eine breite Solidarität unter MigrantInnen zu erreichen, um das Ganze wieder vom Kopf auf die Beine zu stellen (Feindliches Hinterland, Antifasist-Genclik-Kommitees), blieb alles fest in deutscher Hand.

Wir hatten kaum Möglichkeiten einzugreifen, wobei wir es im Nachhinein als unseren Fehler sehen, daß wir uns auf die Strategie der RechtsanwältInnen und die "StrategInnen" der Szene eingelassen haben. Mit der Drohung, daß jede unserer Äußerungen gegen die Gefangenen gewendet werden kann, haben sie es geschafft den Prozeß von der Verteidigerseite her zu entpolitisieren. Dem Ratschlag zur politischen Enthaltsamkeit folgend, wurde ein herz- und schlagloses Blatt ("Herzschläge") für autonome ChristInnen, und alle die es werden wollen, produziert und verteilt. Unsere Anregung, das Blatt einzustellen, wurde ignoriert.

Die politischen Gruppen versorgten "ihre" Gefangenen mit "ihren" Informationen und bezogen sie in "ihre" Auseinandersetzungen ein.

Autonome Reisende aus Frankfurt machten sich auf den Weg, ihren Berliner GenossInnen, die Lehren aus dem Startbahn-Prozeß zu verkünden, ohne sich mit der Frage zu belasten, ob beide Aktionen so ohne Weiteres zu vergleichen seien. Die Szene spielte ihr "ExpertInnentum" und ihre organisationelle Überlegenheit voll aus. So wurden auch nur das von den Gefangenen publik gemacht, was in das Szenenkonzept paßte. Forderungen von Gefangenen an das "Herzblatt" wurden einfach ignoriert.
Der Wunsch eines Gefangenen, nach "Draußen" mitzuteilen, daß er die politische Positionsbestimmung von Cafe Morgenland in vollem Umfang mittrage, wurde als nicht existent betrachtet, ignoriert und zensiert. Gefangene wurden unter Druck gesetzt, sich an die beschlossene Linie anzupassen. Wie gesagt, Machtverhältnisse wurden voll ausgespielt.

Obwohl unseren langjährigen Erfahrungen uns inzwischen zu einer gewissen Vorsicht im Umgang mit autonomen u.ä. Zusammenhängen gebracht haben, ärgern wir uns jetzt, daß wir an eine "faire Behandlung" der Gefangenen durch die Szene geglaubt haben und unsere Solidarität nur aus der Distanz (d.h. ohne eigenen, direkten Kontakt mit den Gefangenen) zum Ausdruck gebracht haben. Schließlich gab es von Anfang an die Bemühungen, die MigrantInnen als Opfer der deutschen Antifa-Bewegung zu verbuchen, womit die spezifischen Gründe von MigrantInnen, sich gegen jeden organisierten Teutonismus, ob in Springerstiefeln oder Pumps, zu wehren, geleugnet wurden.

Keine Deutschen unter Opfern

TOKIO, 18. Januar (dpa). Den Deutschen, die in der vom Erdbeben verwüsteten Stadt Kobe und Umgebung wohnen, ist offenbar außer Vermögensschäden nichts passiert. Er habe keine Hinweise auf Tote oder Verletzte, sagte der deutsche Generalkonsul in Kobe, Nils Grüber, am Mittwoch.

Die Zahl der in Osaka und Kobe lebenden Deutschen wird auf tausend geschätzt. Etwa 80 deutsche Firmen haben in der Region ihren Hauptsitz in Japan oder Niederlassungen. Grüber (61) ist seit Oktober 1993 Generalkonsul in Kobe. Davor war er ... Jahre in Japan ...

gen Telefonen, die funktionieren, stehen lange Warteschlangen." Die Arbeitsmöglichkeiten des Generalkonsulats seien stark eingeschränkt. Im Laufe des Tages solle in der verschont gebliebenen Deutschen Schule in der Nähe von Kobe ein Notdienst eingerichtet werden.

Das siebenstöckige Gebäude, das Konsulat Büroräume in ... Etage hat, ist kaum ... die oberste Etage auf ... stürzt war. Grüber ... ein Chaos vor. ... liegen ...

Ketzerische Stellungnahmen von Cafe Morgenland und anderen Gruppen wurden durch rigorose Zensur bei Interim, Herzschläge usw. ausgeschaltet.
Dieses Verhalten scheint auf breite Zustimmung gestoßen zu sein: Der Versuch der Gruppe 13. Februar, durch bundesweiten Protest und Kritik die rassistische Zensur der Interim zu thematisieren, fand kaum ein Echo. Das gleiche Schicksal erfuhren auch die wenigen Beiträge, die unsere Ausrichtung unterstützten.

Die kurz vor Beginn des Prozesses begonnene Wende in Inhalten und Praxis von Teilen der UnterstützerInnen trat zu spät ein, um das Blatt zu wenden (trotzdem finden wir das unbedingt erwähnenswert). Unmittelbares Produkt der zuvor beschriebenen Entwicklung war dann der Prozeßverlauf. Dieser Verlauf fing nicht mit dem ersten Prozeßtag an, sondern steht am Ende einer langen Kette von Prozessen. Eine Kritik kann also nicht erst mit dem ersten Tag der Gerichtsverhandlungen beginnen, wie die "QuerdenkerInnen" vorgeben. Sie interessiert lediglich die verpaßte Chance den Polizeiskandal zu thematisieren, dessen Verschweigen Bestandteil des Deals zwischen Anwälten und Staatsanwaltschaft war.(Polizeiskandale sind angeblich ein hilfreiches didaktisches Mittel das Vertrauen der BürgerInnen in diesen Staat zu erschüttern. Diese Chance wurde wieder einmal verspielt!).
Gemessen an unseren Intentionen und Ansichten ist der Gerichtsprozeß, trotz unserer Freude und Erleichterung über die Urteile, eine politische Katastrophe. Was wir im Einzelnen am Verhalten der MigrantInnen (drinnen und draußen) zu kritisieren hätten, was wir an Fehlern und Unzulänglichkeiten, insbesondere an uns (Cafe Morgenland, bzw. Antifasist-Genclik-Komitees) auszusetzen haben, das ist eine Sache, die wir unter uns - zusammen mit unseren FreundInnen und GenossInnen aus Berlin und anderen Städten austragen müssen. Angesichts der wiederholten Erfahrungen wird unter Ausschluß der deutschen Szeneöffentlichkeit getagt.

Vorerst wollen wir auf das reagieren was die "QuerdenkerInnen" "ausgeklammert" haben.
Zu dem vom Gericht "verhandelten" Thema (offensive Abwehr):
Trotz intensiven "In-uns-Gehens " können wir nach wie vor kein Mitleid mit unseren Mördern empfinden. Nicht trotz, sondern gerade wegen unserer humanistischen Sozialisation, sind wir dazu "unfähig". Egal ob sie gezielt oder spontan angegriffen werden. Egal ob sie von Zuhältern, von politisch Organisierten oder spontan Reagierenden getroffen werden. Mit oder ohne Erklärungen (wer immer noch Erklärungen braucht hat nicht begriffen in welchem Land sie/er lebt).

Obwohl wir uns nicht mit der Frage beschäftigen ob "Nazis biologisch abbaubar" sind, betrachten wir Auseinandersetzungen mit Neonazis und sonstigen, auch unorganisierten RassistInnen, nicht als eine politische Positionsbestimmung - sondern immer mehr als eine Frage des Überlebens.
Ein Unterschied zwischen "Notwehr" und "offensiver Abwehr" ist für uns nur logistisch auszumachen (im zweiten Fall bestimmen die Opfer und nicht die TäterInnen den Zeitpunkt und Ort der Konfrontation, was bestimmte Vorteile mit sich bringt). Es bleibt dabei: Auch in der Zukunft ist allen die bedroht sind (Flüchtlinge, MigrantInnen, sog. Behinderte und all diejenigen, die der völkischen Norm nicht entsprechen) und sich wehren, unsere bedingungslose Solidarität gewiß.

Da gibt es nichts zu "verhandeln". Wir akzeptieren weder das "Gewaltmonopol" des Staates, noch das "Gewaltmonopol" der Volksaufstände (ohne Hochkommata) des Mobs. Die Zuspitzung dieser Konfrontation auf die Frage nach Leben oder Tod hat uns längst jeglicher Alternative beraubt.

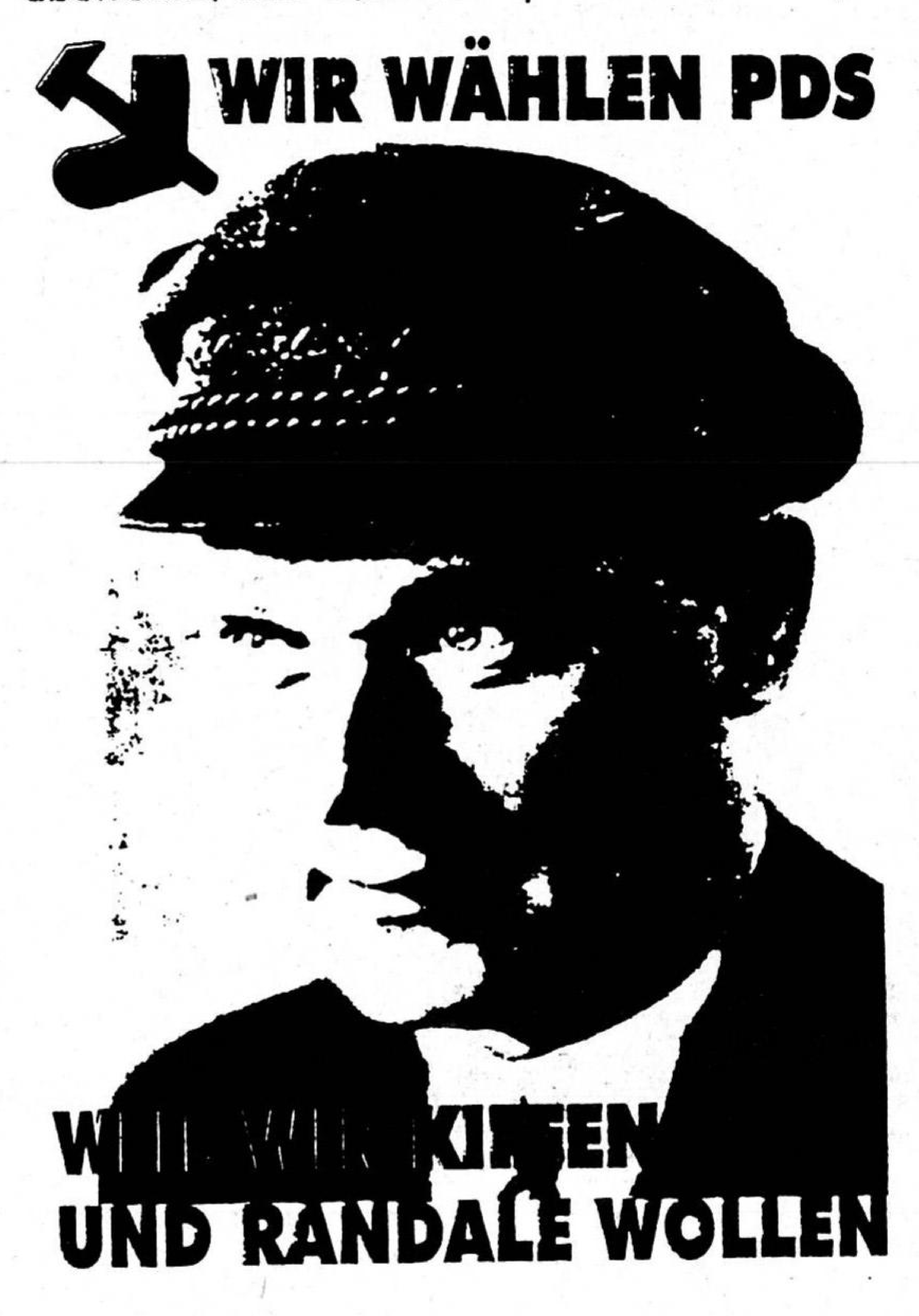
Daher sprechen wir weiterhin dem deutschen Staat und seinen Institutionen das Recht ab, Urteile über Flüchtlinge- und MigrantInnen-Widerstand zu fällen. Dies ist nicht als Verbalradikalismus zu verstehen, angesichts unserer eigenen Ohnmacht, sondern als Anleitung zu entsprechenden Verhalten, wenn wir gezwungenermaßen vor diesen Instanzen stehen.
Es ist gleichzeitig für uns klar, daß dies nur dann seine Umsetzung finden kann, wenn eine MigrantInnen-Bewegung, die eine dem rassistischen deutschen Alltag entsprechende Stärke entwickeln muß, diese Haltung mitträgt. Daher sehen wir uns kaum imstande unsere FreundInnen und GenossInnen zu kritisieren, obgleich wir die fehlende Legitimation deutscher Gerichte über antirassistischen Widerstand zu urteilen immer wieder betonen.



Aktion auf dem Frankfurter Flughafen im Dezember: Eine Nachstellung der Knebelung, die dem Tod von Kola Bankole vorausging *Foto: Gunnar Lieb*

Zu unserem "Problem":
Im Verlauf der Prozesse wurde der Eindruck erweckt, daß sich unser Problem auf Nazis, deutsche PolitikerInnen und deutsche Staatsmacht konzentrieren läßt. Die erschreckende Wahrheit aber ist, daß wir Probleme mit dem mörderischen Feldzug einer 80-Millionen-Population (mit oder ohne Wachsflecken) inklusive ihrer linken BewährungshelferInnen haben. Dies nicht hinzunehmen, die Tatsache, daß allein mit der Reduzierung auf den Antifaschismus-Begriff das Wesen dessen, was wir als Lebensgefühl der deutschen Mehrheit kennengelernt haben, wurde kaum berücksichtigt.
Wo dieser Feldzug enden wird, ist ungewiß. Wir halten zwar nichts von gesellschaftlichen Gesetzmäßigkeiten, wohl aber müssen wir mit der existentiellen Lebensartikulation der Deutschen (Ich "mobe", also bin ich) umgehen.
In Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen, in Mannheim-Schönau und in Mannheim-Waldhof ist etwas passiert, was die meisten Linken am Liebsten wieder - als durch den Wiedervereinigungsschock bedingten Störfall - schnell unter den Teppich kehren wollen:
Zur geschichtlichen Erfahrung dieser Population mit der Vernichtung der europäischen Jüdinnen und Juden, der Roma und Sinti und aller "Undeutschen", kam die Bereicherung dieses ureigenen deutschen Bewußtseins durch die volksfestartigen Pogromnächte und -tage hinzu. D.h., daß während man/frau bisher davon ausging, daß die Deutschen den Juden Auschwitz verziehen haben (Grundlage der Konstituierung der alten BRD), haben die Pogrome und antisemitischen Angriffe diese Annahme in ihrem vollen Umfang über den Haufen geworfen.
Die linken Antworten darauf - wenn sie nicht gerade ihren Konformationstag vorbereiten (autonomer Kongreß) - sind freundlich ausgedrückt peinlich. Die klassenanalytischen Erklärungen eignen sich nicht einmal als Karikaturvorlage. Sie haben immer noch nicht verstanden, daß die deutsche Arbeiteraristokratie samt ihren "Deklassierten" längst zu TäterInnen geworden sind und in dieser Tradition fortfahren.
Das einzige was für ihre Strategien zählt ist die Frage des (Ausgebeutet)Seins, die objektive Klassenlage, eventuell das Geschlecht. Anschließend wird sich bemüht, den ausgebeuteten "Massen", das richtige Bewußtsein ihrer Situation zu vermitteln und u.U. auch, den lediglich in der Zielrichtung Fehlgeleiteten, das richtige Objekt für ihre Ausfälle aufzuzeigen. Dabei vermeidet man es tunlichst, die umworbene Bevöl-

kerung zu kritisieren. Dies geht soweit, als daß die Lichtenhagener Population dazu aufgefordert wurde, sich in den antirassistischen Ringelreigen einzureihen.
Wir wissen immer noch nicht ob sie die Verhältnisse nicht richtig erkannt haben, oder um des Glaubens an die Revolution willen, sich vor der Wahrnehmung der Verhältnisse verschließen. In die gleiche populistische Strategie reiht sich der Versuch ein, mit einer Aktionsreihe deutsche UrlauberInnen zu solidarischem Handeln mit Flüchtlingen zu bewegen, die abgeschoben werden sollen. Glaubt ihr tatsächlich, daß irgend ein deutscher Türkeiurlauber kostbare Minuten seines Urlaubs wegen einer Kurdin verlieren will, die abgeschoben werden soll?
Jüngst inszenierten Solidaritätsgruppen in Frankfurt eigens den Ablauf der versuchten Abschiebung von Kola Bankole, die dieser nicht überlebt hatte. Sie haben sich wahrlich bemüht, Marxs Feststellung, die Geschichte wiederhole sich zwei Mal, einmal als Tragödie und einmal als Farce entsprechend zu bewahrheiten:
Um das reality-TV-geschädigte Publikum doch noch aufzurütteln, wurde der gesamte Verlauf der Abschiebung und der Tod des Flüchtlings am Frankfurter Flughafen nachgestellt; dabei wurde ein Afrikaner dazu überredet, das Opfer zu spielen.



Aus: Antifa-Info Frankfurt Nr.13 (Oktober '94)

Demgegenüber erscheint ein weiterer Prozeß gerade zu harmlos. Teile der Autonomen und Antifa-Szene können sich heute auch wieder parlamentarisch vertreten sehen durch die PDS. Die Tatsache, daß Stephan Heym oder Peter Gingold für die PDS kandidierten, hat die Überzeugung gestärkt, daß sich der Gang zur Urne wieder lohnt. Die PDS als verlängerter Arm der Arbeiterklasse, und als antirassistische Alternative im Bundestag (Gegen den Rassismus in den Köpfen!) scheint eine wählbare Alternative zum Boykott. Deutschnationale Untertöne "für das Zusammenwachsen und die Versöhnung zwischen Osten und Westen", der Populismus der PDS im Kampf für den Erhalt von Arbeitsplätzen in Ostdeutschland usw. wurden geschickt überhört.[1] Für uns hätte sich die Alternative, wenn wir sie gehabt hätten, zwischen SPD ("Arbeit! Arbeit! Arbeit!), CDU (Arbeit durch Aufschwung!), REPs (Arbeit für Deutsche!) und PDS (Arbeit her!) nicht gestellt.
In der Szene stört's offensichtlich niemand, daß die PDS gerade in den Orten in der Ex-DDR hohe Stimmenanteile erzielte, wo sich massenhaft die deutsche Volksfront gegen Flüchtlinge formierte, wie z.B. in Hoyerswerda (51% PDS-Stimmen bei den Bürgerschaftswahlen). Die autonomen PDS-WählerInnen reihten sich problemlos ein in die PDS-WählerInnengemeinschaften von Lichtenhagen (35%), Magdeburg, Dolgenbrodt und Basdorf ("Wir wären bereit 20 sowjetische Juden statt der Flüchtlinge aufzunehmen", PDS-Basdorf) um nur einige zu nennen.
Spätestens bei der Wahlurne und anschließend bei der Auszählung und -zahlung der Stimmen (für jede Stimme 2,50 DM) wurde die Einheit, die vor dem Flüchtlingsheim in Hoyerswerda vorübergehend im Jahr '92 und später in Schönau gestört wurde, wiederhergestellt.
Aber auch die sog. "antinationalen Gruppen" bleiben nicht untätig und veranstalten ihre Kongresse und Diskussionsrunden im nationalen Rahmen (Deutsche unter sich), ohne sich dieses Widerspruchs bewußt zu werden.
"Liberale" Zeitungen würdigen "nach dem Ableben" hemmungslos die Nutznießer der Verfolgung der JüdInnen (siehe FR-Beitrag und Leserbrief).

(aus Platzgründen im Ordner, d. ls.)

[1] "Die Herrschenden setzen auf Spaltung: West gegen Ost, Deutsche gegen Ausländer, Lohnabhängige gegen Sozialhilfeempfänger. Die eigentlichen gesellschaftlichen Widersprüche werden so verschleiert. Sie [die PDS] ist die Partei, die ostdeutsche Interessen als integralen Bestandteil einer alternativen Reformpolitik für ganz Deutschland begreift und damit einen tatsächlichen Beitrag zum Abbau der inneren Spaltung leistet". (aus: Thesen des Parteivorstandes der PDS zum 4. Parteitag, AK 374, 11.1.95).

Heute ist es so, daß der Angriff von überall kommen kann: Von den deutschen Nachbarn - wie in Mannheim-Waldhof - oder von den deutschen Saufkumpanen - so endete z.B. für einen Mann aus Polen die Begegnung mit Letzteren tödlich.[2]

Wenn in der Landschaft der deutschen Volksgemeinschaft der Mob immer und immer wieder sich als Bürgerinitiative formiert - wie im Münchener Stadtteil Pfaffenwinkel um die Flüchtlingscontainer abzuschaffen (wegen Lärmbelästigung) - dann kommt die Antwort der Linken dort einer Bedrohung gleich: "Zusammenleben" heißt die ausländerfreundliche Gegeninitiative!

Wir reden auch von diesen Prozessen, die sich in diesem Land zugetragen haben, und in denen die Szene nach Kräften mitmischt.
Ohne diese Prozesse zu berücksichtigen ist jede Kritik notgedrungen selektiv und deutsch.

Die ersten Lichterketten gegen "kriminelle" Ausländer haben sich bereits in Hamburg-Altona unbehelligt (besser gesagt "unverdunkelt") formiert. Sie aus der Straße wegzufegen, auf diese Idee kam und kommt man/frau nicht einmal.
Wozu also noch diskutieren?

KEINE AUSSAGEN BEI DER SZENE!

Cafe Morgenland
Berliner MigrantInnen

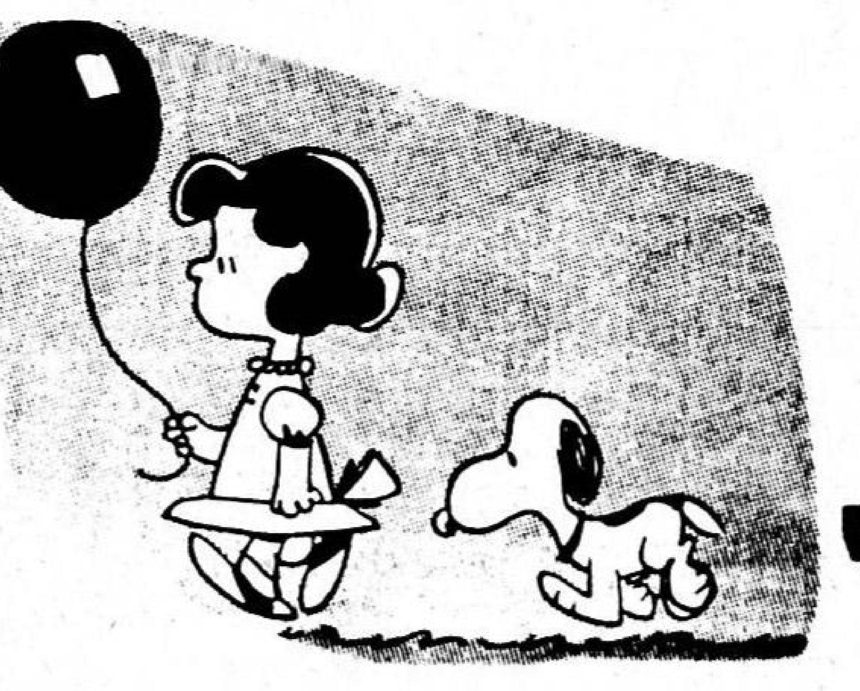
25. Januar 1995



Auf der Suche nach dem revolutionären Subjekt

---

[2] Zum "Höhepunkt" einer gemeinsamen Feier am 26.7.1994 in Berlin stoßen acht Deutsche den Polen Ryszard M. in die Spree. Ein anderer Pole versucht ihn zu retten. Die Deutschen lassen sie nicht mehr an Land und beschimpfen sie dabei. Der zu Hilfe gekommene Pole ertrinkt. Die Polizei kann den anderen retten. Was als "Spaß" mit Deutschen beginnt, kann für MigrantInnen tödlich enden.



Jenseits von einer "Männerbewegung"

Ein Diskussionsbeitrag von einem Mann zur Kritik an Frauentexten und "Männerorganisierung"

Im Oktober/November 1994 haben einige aus unserer Männergruppe (als Einzelpersonen), zu denen ich auch gehöre, die Beiträge "Jenseits von Eden" (Interim Nr. 302) und "Jenseits von gut und böse" (Interim Nr. 304) verfaßt.

Mit diesen Papieren wollten wir eine Diskussion unter Männern über unser Selbstverständnis in der antisexistischen Auseinandersetzung in Gang bringen. Auslöser dafür waren zwei Beiträge von Frauen (Interview über Sexualität und Herrschaft Interim Nr. 299 und "Jenseits von links" von "la bella vista", Nr. 300), an denen wir zum einen eine einseitige Sichtweise, zum anderen "La bella vistas" Vorstellung von einer "Männerorganisierung" kritisiert haben. Mit der Schwierigkeit, unsere Gedanken klar zu Papier zu bringen, sind einige Mißverständnisse entstanden, die uns erst in Nachhinein und im Lesen der "Antworttexte" (s.a. Interim-Ordner) aufgefallen sind. Außerdem haben sich mit diesen Texten kontroverse Diskussionen auch innerhalb unserer Männergruppe entzündet.

In diesem Sinne will der nun folgende Beitrag Mißverständnisse klären und zur Männergruppeninternen wie öffentlichen Diskussion unter uns Männern (insbesondere im "Männerrundbrief") beitragen. Es geht hierbei um die Frage nach unserer Position als Männer, die sich auf Frauentexte beziehen und sie gegebenenfalls auch kritisieren. Auch wenn es momentan nicht das vordringliche Problem der kläglichen "autonomen Männerbewegung" ist, kann sich an den inzwischen zahlreichen (Männer-) Beiträgen darüber eine Diskussion über Selbstverständnisse und Perspektiven entwickeln.

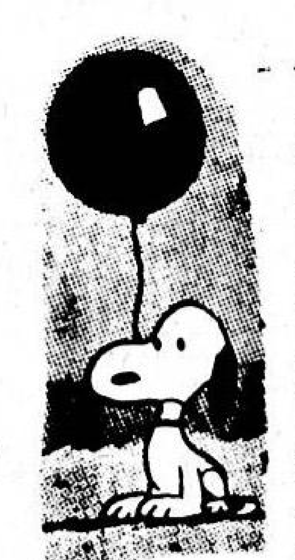
Auf die aktuellen Veröffentlichungen von Männern aus Freiburg und aus Bayern (Interim Nr. 318) soll an eingen Stellen auch noch eingegangen werden. Die verwendete "wir"-Form soll nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Text diesmal nur von einem Autor stammt. Jedoch handelt es sich zum Großteil um zusammengefaßte Diskussionen mit den "Co-Autoren" der beiden vorangegangenen Texte.

Männer kritisieren Frauentexte

Rückblickend betrachtet, war es in den o.g. ("Jenseits von..."-) Texten unser Fehler, unsere Rolle als Männer, die Frauentexte kritisieren, zuwenig zu problematisieren. Unser Statement, daß es uns nicht darum ging, uns in Frauenkämpfe einzumischen, sondern um unsere Vorstellungen von "Männerbefreiung", war nicht überzeugend genug untermauert. Ebenso verhält es sich mit der eher unvermittelten Einführung über unser Verständnis der Geschlechterhierarchie (Interim Nr. 302).

Wir sind zu sehr von einem stillschweigenden Konsens über die (strukturelle) Analyse der Herrschaftsverhältnisse ausgegangen, wie sie im 3:1-Paper von Viehmann u.a. zusammengefaßt wurde. Dieser Konsens, dem wir immer wieder in der autonomen Diskussion begegnen, sollte "zu Blatte" ständig "neu" zur Diskussion gestellt werden. Nur dadurch kann gewährleistet werden, daß wir im selben theoretischen Bezug miteinander diskutieren. (Das soll nicht heißen, daß der 3:1-Ansatz als Herangehensweise einzig alles erklären muß, sondern vielmehr neben anderen, gleichwertigen Ansätzen steht)

Ausgehend von diesem autonomen Ansatz sollten wir unsere Widersprüchlichkeit als einerseits weiße, metropolitane, (meist) mittelständische, durch das Patriarchat profitierende, andererseits sich um (Selbst-) Veränderung bemühende Männer, **der jeweiligen Diskussion voranstellen**. Dieser Widerspruch beinhaltet, daß es bezüglich der gesellschaftlichen Machtverhältnisse zwischen Mann und Frau keine "mal eben"



gleichgestellte Diskussionsebene gibt. Anstattdessen argumentieren wir in einer Grauzone entlang der alltäglichen, männlichen Norm und damit auf Seiten der sexistischen Herrschaftsverhältnisse. (Unsere) Sexistische(n) Denk- und Verhaltensweisen sind Bestandteil dieser "Normalität". Durch die Dominanz patriarchalischer Macht treffen sie stets den sexistischen Grundkonsens der Gesellschaft. Demgegenüber müssen sich feministische Inhalte Stück um Stück die Macht um gesellschaftliche Anerkennung erkämpfen. Dieser Widerspruch kann erstmal nicht aufgelöst werden. Jedoch sollte mann ihn benennen.

Ich denke, daß sich "La Bella vista" (Interim Nr. 311) genau an diesem Punkt angegriffen fühlen. Sie befürchten, daß wir (die Autoren der beiden "Jenseits von ..."-Texte) darauf aus seien, uns von unserer Verantwortung an den sexistischen Verhältnissen zu entziehen. Diese Befürchtung hat aufgrund unterschiedlicher Männergruppenerfahrungen eine reale Grundlage. Ich will uns an diesem Punkt nicht von der Kritik ausnehmen, die beiden Frauentexte zu einseitig kritisiert zu haben. In einer ähnlichen Position befinden sich auch "die ungewaschenen Männer", die in ihrem Beitrag "Denn sie wissen nicht, was sie tun" (wohl zurecht im Interim -Ordner) unsere Kritik an dem Papier von "la bella vista" (I.Nr. 300) aufgreifen. Unsere Kritik ging den Autoren aber "nicht weit genug". In einem sehr harschen Ton gipfelt sich ihre Argumentation im Faschismusvorwurf gegen "la bella vista". Das macht es sehr schwierig auf sie einzugehen, weil ich darin keine Selbstauseinandersetzung mit männlicher (verbaler) Gewalt sehe (zumal ich den Faschismusvorwurf nicht teile).



Ein weiterer Widerspruch ist die Relativierung von Männergewalt, die durch eine Kritik an Frauentexten leicht entsteht, in denen z.B. Vergewaltiger veröffentlicht werden. **Solange wir nicht deutlich genug unsere Kritik von den realen Gegebenheiten der Männergewalt auseinanderhalten, landen wir in der Position, Männergewalt zu relativieren und uns somit Frauenwiderstand entgegenzustellen.** Aufgrund der eigenen Verwobenheit in die gesellschaftliche Männergewaltstruktur sollten wir uns dem bewußt werden und diese Ebenen haarscharf trennen. Dabei will ich nocheinmal betonen, daß wir Männer kein Recht dazu haben, uns in die Diskussionen über Frauenwiderstand einzumischen.

In diesem Sinne ist es für uns keine Frage, daß "Frauen die Täterkontrolle übernehmen, solange es keine revolutionäre Männerbewegung gibt", wie "La bella vista" es formulieren. Hier sind wir auch von "bronca negra", einem Diskutanten, falsch verstanden worden. Er hat diese Argumentation so verdreht, daß er dies als die "**Unterordnung** der Männer unter die feministische rev. Bewegung" verstanden hat, die wir an anderer Stelle kritisiert haben.

Mit der Bestandaufnahme über die klägliche "autonome Männerbewegung" wäre ich beim nächsten Punkt, an dem sich die momentane (Männer-) Diskussion spaltet. Nicht nur "bronca negra", "Petito Correcto" (Interim-Ordner), sondern auch "homunculi" ("Unbestechlich" Interim Nr. 318) weisen auf die desolate Situation der Männerbewegung hin, wenn es darum geht, Diskussionen über Frauentexte anzuzetteln. Sie verstecken sich hinter der Position, à la "erst, wenn wir eine große Männerbewegung sind, dürfen wir uns zu Wort melden", ohne zu fragen, warum diese Situation so ist.

Ich stimme ihnen darin zu , daß es, mal abgesehen von der bereits beschriebenen Diskussionsebene und dem männlichen Selbstverständnis (s.o.) es nicht angehen darf, sich Texte **lediglich** dafür herauszusuchen, um sich von ihnen angegriffen zu fühlen und sie dann in der Luft zerreißen zu wollen. Immerhin ist es TYPisch, zuerst nach den "Schwach[illegible]en des Gegners" zu suchen, um gleich mit der Retourkutsche zu kommen. Dahinter schwingt ein män[illegible]nes Autonomiebedürfnis, sich nix sagen lassen zu wollen, selbst "Herr der eigenen Freiheit" seiner fragwürdigen Männlichkeit zu sein. Die Interim ist im übrigen voll von derartigen und ähnlichen Diskussionen (siehe auch Diskussion zum 8. Mai). Es sollten neben all dem Separatismus auch die Gemeinsamkeiten benannt werden, die als Grundlage für eine Diskussion dienen können.

Doch versperrt uns die Argumentation, daß wir Männer aufgrund der kläglichen Situation der Männerbewegung keine Kritik an Frauentexten üben dürfen, die Möglichkeit, auf "Männerdiskussionen", die sich auf feministische Inhalte beziehen, einzugehen. Diese Diskussionen über Frauentexte (mündlich wie schriftlich) können auch nicht dadurch weggeredet werden. Es ist gut, daß es sie gibt und daß sich Männer mit feministischen Inhalten (unterschiedlicher Art) auseinandersetzen. Abgesehen davon hierarchisieren sie die unterschiedlichen Bedürfnisse von Männern, sich mit bestimmten Themen auseinanderzusetzen. Jedoch existieren vielfältigste Anknüpfungspunkte, Diskussionen, über die sich Männer in Richtung Antisexismus politisieren. Meist und auch leider geschieht das erst auf den Druck von Frauen hin.





Spätestens, wenn es mal um Erwartungen und Forderungen an uns Männer in solchen Diskussionen geht, dann prägen feministische Inhalte auch das Bewußtsein in der (gemischten) Szene mit. Das ist auch gut so. Unter Umständen kann es zu unterschiedlichen Konsequenzen für eine "Männerorganisierung" kommen, wie sich in der Diskussion um den Text von "la bella vista" gezeigt hat. **An derartigen Schnittpunkten von Männerorganisierung und feministischen Inhalten finde ich Kritik von Männern berechtigt**. Dies aber auch nur dann, solange sie nicht zum Selbstzweck wird, sondern die Widersprüchlichkeit des Kritisierens als Männer sowie ein Eigeninteresse zur (Selbst-) Veränderung beinhaltet.

Unsere Kritik dreht sich in diesem Sinne um "La bella vistas" Sichtweise, daß "wir als Männer alle **unabänderlich** das Patriarchat verinnerlicht haben". Diese Haltung kann leicht dazu verführen, passiv auf eine feministische Revolution zu warten, ohne daß sich in der Birne und im täglichen Umgang außer Anpassungsverhalten was verändert. Unter uns linken Männern dominiert diese Einstellung. Vor diesem Hintergrund haben wir "La bella vista" an ihrer Vorstellung von "Männerbefreiung" kritisiert: "Nur die feministisch revolutionäre Bewegung -weltweit- kann die Führung im Kampf um Befreiung übernehmen". Abgesehen davon, daß es sich wie ein kruder ML-Feminismus anhört, an den sie sich von ihren Inhalten her anlehnen, sprechen sie uns Männern die Möglichkeit zur (Selbst-) Veränderung ab. Uns bliebe daher nur übrig, uns im Sinne dieser Ideologie unterzuordnen, da wir nicht "bestimmen können, was frei oder Befreiung heißen kann." (Doch genauer dazu in "Jenseits von Eden"; I.Nr. 302)

Als ebenfalls problematisch sehe ich, die Herrschaftsverhältnisse à la "Diktatur des Proletariats" umkehren zu wollen. Es sollte auch nicht darum gehen, daß Männer sich eine Art "männlichen Feminismus" ausdenken, der aus der kritiklosen und blinden Übernahme feministischer Inhalte entsteht. (Dazu haben wir einiges in "Jenseits von gut und böse" ausgeführt, das immer noch zur Diskussion steht) Es ist aber notwendig, feministische Analysen miteinzubeziehen. Aufgrund eigener Erfahrungen kann ich sagen, daß ich mich, bezüglich des Lesens, am meisten über feministische Theorie zur "Männerauseinandersetzung" motiviert habe. Ohne sie als theoretische Grundlagen wäre u.a. dieser Text nicht zustande gekommen. Jedoch kann unsere (Selbst-)Veränderung nur von uns Männern selber entwickelt werden.

...und die aktuellen Beiträge von anderen Männern

In aktuellen Männertexten, wie dem der Freiburger Männer ("homunculi"; Interim Nr. 318) sehe ich ähnliche Züge, wie oben kritisiert.

Mit ihrem Beitrag "Unbestechlichkeit" ziehen sie ein gutes Resumee über die Tatsache, daß Männer Sexismus- bzw. Vergewaltigungsdiskussionen verdrehen oder abbügeln; die Auseinandersetzung unter Männern wird abgelehnt. Die Beschriebenen Erfahrungen und die Bestandaufnahme der alltäglichen Männergewalt geben zwar nicht viel neues her, sind aber immer wieder wichtig, um sie sich und anderen Männern bewußt zu machen. Herrschende Männlichkeit bzw. sexistisches Verhalten werden darin angegriffen. Doch leider geht der Text darüber nicht hinaus. Dadurch bekommt er schnell den Charakter des erhobenen (moralischen) Zeigefingers; selbst wenn es die Freiburger nicht beabsichtigt haben. Ich denke, daß der Grund dafür ist, sich einerseits ein Feindbild (Mann/Männlichkeit) aufzubauen, was erstmal nicht falsch sein muß, doch an anderer Stelle die möglichen Knackpunkte, an welchen Stellen sich Männer anders verhalten könnten, fehlen. Auch wenn es nur ein sehr begrenztes Entrinnen (Verweigerung von Männerkumpanei, Eingreifen bei sexist. Verhalten, Sprüchen, Zulassen von eigenen homosexuellen Seiten, etc.) aus der hegemonialen Männlichkeit gibt, so ist dies für uns Männer mit der einzige Weg zur (Selbst-) Veränderung.

Solange diese Möglichkeiten bestehen, sich auch innerhalb dieser patriarchalischen Gesellschaft als (sozialisierter) Mann verhalten zu können, und das auch im Kollektiv und im anderen, vielleicht nicht so verbissenen Umgang miteinander, kann es kein Herausreden auf die Unveränderlichkeit der herrschenden Männlichkeit (und auch nicht erst nach der Revolution) geben. So verbissen, wie ihr Beitrag auf mich wirkt, kann ich ihnen die Motivation, Lust auf (Selbst-) Veränderung zu haben, schwerlich abnehmen. Vielmehr haben sie "vom Kopf her" einiges klar, was gut ist, aber dafür wenig positive Ausstrahlung hat. Diese Ausstrahlung ist meines Erachtens wichtig, um Inhalte zu vermitteln.

Anders sehe ich das bei der bayerischen Männergruppe mit ihrem Text "Zu Vergewaltigung". Ihr Schreibstil liegt mir viel mehr. Sie stellen ihre "Diskussionsansätze über Vergewaltigung, Täterarbeit und Präven ion" ohne viel Umschweife und offen dar. Das Papier will nicht Weisheiten verbreiten, sondern Fragen aufwerfen und Schwierigkeiten benennen, die sich aus ihrer Diskussion ergeben haben. Zum anderen werden Handlungsalternativen vorgeschlagen. Das ist erstmal anders als in manchen glatten Männertexten (wie sie u.a. von uns stammen). Dabei betonen sie, daß es nicht unbedingt darum geht, "mehr Gefühle" zu zeigen, wie es z.B. "bronca negra" (Nr. 303) tut. Oft wird gesagt, wir Männer würden keine Gefühle zulassen bzw. sollten mehr Gefühle zeigen. Doch leider sind ein Großteil männlicher Gefühlsausbrüche (wie z.B. Freude über makriges Dominanzverhalten - Haß wegen der Delle im Auto) nicht unbedingt als positiv zu bewerten. In diesem Sinn stellt die bayerische Männergruppe den typisch-männlichen Subjektivismus in Frage. Es soll darum gehen, im Alltag einen Umgang mit den Gefühlen entlang der antisexistischen Ansprüche zu finden.

Gut finde ich neben ihrer Analyse der "Vergewaltigungskultur", daß sie versuchen, über das Freund/Feind-Schema hinauszugehen, indem sie von der Veränderbarkeit von Tätern ausgehen und die Widersprüchlichkeiten von "Bestrafungsaktionen Männer gegen Männer" sehen (was nicht heißen soll, daß wir Männer "im konkreten Fall" nicht eingreifen sollen).

Bezüglich eingeforderter Gefühle wird auch ist die theorielastige, abgehobene Herangehensweise unserer Texte kritisiert. Abgesehen von dem Text "Jenseits von gut und böse" (Interim Nr. 303), der sich zu Schluß um unsere Widersprüchlichkeiten/Erfahrungen mit einem Männertherapieansatz dreht, sind unsere Veröffentlichungen abgehoben. Nachteilig kann sich das für "Nichtstudis" auswirken, die mit meiner/unserer Sprache nicht viel anfangen können. Mit allen Bemühungen, das zu verbessern, will ich mich dafür entschuldigen.

Im Rahmen einer (anonymen) Textveröffentlichung sehe ich die eingeforderte persönliche Ebene als zu zwiespältig an. In vielen "Erfahrungsberichten" bzw. persönlichen Interviews werden vom Menschen nur bestimmte Seiten dargestellt, die sich nicht so ohne weiteres erklären lassen. (Zwischenmenschliche) Handlungen stehen immer im Zusammenhang mit der spezifischen Lebenssituation und Geschichte der/des selbst und des/der anderen. Jegliche vereinfachte Darstellungen von Männern oder Frauen werden zu Stereotypen und die Kritik an dargestellten Verhaltensweisen wird vorschnell zur allgemeingültigen Moral stilisiert. Daher will ich mich in diesem Rahmen nicht auf die "Sachverhalte" von "Petito Correcto" (I.-Ordner) eingehen. Dort beschreibt er stichpunktartig sein Verhältnis zu Pornos, Vergewaltigungsphantasien, Schwanzfixiertheit, etc., das im Widerspruch zu seiner "PC-Haltung" steht. Ich könnte zwar eine genausolange Liste derartiger Widersprüchlichkeiten anführen, glaube aber nicht, daß wir in der schriftlichen Form der Auseinandersetzung weit kommen. Eher kommt es schnell zu Aufrechnungen, Moralisierungen, Buße und/oder zu Rechtfertigungen. Die Möglichkeiten, sich, seine Persönlichkeit und sozialen Background zu vermitteln sind schriftlich äußerst gering und münden meist nur in Stereotypen. Ich lasse mich aber gerne vom Gegenteil überzeugen. Vielleicht macht "Petito Correcto" ja einen Anfang im "Männerrundbrief". Besser dagegen halte ich es, diese Auseinandersetzungen in Männergruppen zu wagen.

Fü- mich persönlich ist die Konsequenz daraus, daß meine/unsere Texte lediglich Herangehensweisen, Ge(inkengänge, Kritiken und soweit möglich, bestimmte Erfahrungen aufzeigen sollen, die mit der Praxis abgeglichen werden können. Sie sollen keine persönlichen Auseinandersetzungen in Schriftform beanspruchen, sondern dazu in der Praxis verhelfen.

Schlußfolgerungen

Es ist für mich in einer Auseinandersetzung über Frauentexte, in denen "Männeransätze" diskutiert werden wichtig, **die verschiedenen Ebenen und Widersprüchlichkeiten zu benennen**, die sich aufgrund der Geschlechterverhältnisse ergeben:

- den Schnittpunkt von feministischer Argumentation und "Männerorganisierung" bzw. "Männeransätze"
- die (solidarische) Kritik an der politischen Herangehensweise (z.B. am Marxismus)
- unser Interesse als Männer in der Auseinandersetzung um (Selbst-) Veränderung
- die Tatsache der (alltäglichen) Männergewalt, an der auch wir profitieren und teilhaben

Weil wir diese Ebenen nicht deutlich genug auseinandergehalten haben, ist bei manchen schnell der Eindruck entstanden, daß wir eine sehr lockere Einstellung zu den Geschlechterverhältnissen haben bzw. uns als die "besseren Männer" sehen, die "alles geblickt" haben. Doch in diese Gefahr werden wir immer wieder geraten, wenn wir argumentieren. Wichtig finde ich, in der Männerdiskussion über Moralisierungen und Stereotypisierungen hinauszukommen.

Es gilt weiterhin festzuhalten, daß es an Schnittpunkten zwischen Frauenkampf und Männer(selbst-)veränderung unterschiedliche Herangehensweisen gibt, wie es unterschiedliche Sozialisationen gibt. So ist z.B. für eine Männerdiskussion die Darstellung von "Täterbiographien" ein wichtiger Punkt, um damit eigene sexistische Verhaltensweisen abzugleichen und zu ändern. Eine (persönliche) Schilderung männlicher Täterbiographie kann einerseits mehr Männer dazu ermutigen, sich eigenen Sexismen bewußt zu werden und mit Widersprüchlichkeiten offener umzugehen. Andererseits wird sie schnell zur Rechtfertigung bzw. als eine Art Geständnis/Buße (Unterwerfung unter herrschende Moral anstatt Einsicht aufgrund des Verstandes und des gegenseitigen Miteinanders/Einfühlenkönnens) ausgelegt bzw. funktionalisiert. Das schwingt unweigerlich mit. Der mögliche emanzipatorische Gewinn liegt hier mit dem möglichen kontraproduktiven Konsequenzen eng zusammen.

Die Konstatierung/Entschuldigung/Anmahnung der kläglichen autonomen Männerbewegung soll nicht darüber hinwegtäuschen, daß wir viele Fehler gemacht haben, uns und andere Männer zur Auseinandersetzung um Sexismus zu bewegen. Gerade das macht diese Diskussion so notwendig, eventuell andere Formen des Miteinanderumgehens und des Nachaußengehens zu entwickeln. Dies trifft jedoch nicht nur in diesem Bereich zu, sondern auch für die autonome Politik der letzten 10 Jahre.

In diesem Sinne steht der letzte Textteil unseres Beitrags "Jenseits von gut und böse" (unsere Erfahrungen als Männergruppe) immernoch zur Diskussion, ebenso wie es für mich folgende Fragen zu beantworten gilt:

- Warum beschäftigen wir Männer uns so wenig mit (unserem) Sexismus?
- Welche positiven wie negativen Erfahrungen in/mit Männergruppen gibt es?
- Auf welche Widersprüchlichkeiten stoßen wir bezüglich unserer Ansprüche einerseits, unserer Männerorganisierung andererseits?
- Welche Kritik von Frauen an Männergruppen gibt es bislang?
- Wie wurde mit dieser Kritik umgegangen?
- Wie sieht unser Verhältnis zu Frauenkämpfen aus?
- Wie kann eine autonome Männerbewegung aussehen?

Kermit
Einzelmann aus der
Autonomen Männergruppe
Berlin, Mitte Februar 1995

Grüße an "homunculi" und die "Bayerische Männergruppe"!
Für eine kritisch-solidarische Auseinandersetzung!





TOFU MACHT FREI

oder die Sache mit der Fliege



Eigentlich mag ich ja diese Überschriften nicht so, die die Argumente der anderen im Ansatz gleich so ins lächerliche oder gar völlig durch den Dreck ziehen. Da wird eine Diskussion immer gleich so verhärtet. Aber gerade bei der Tiermord/Vegan-Frage macht die Sache natürlich auch irgendwie Spaß. Also nochmal an Tofupower (90% pc), macht Tofu frei?

Eine kritische Auseinandersetzung mit der Veganismus-Bewegung halte ich schon seit längerem für überfällig. Im Gegensatz zu anderen Ländern ist die vegane Bewegung in der BRD noch relativ zaghaft, ich denke aber, daß sie sich auch hier in nächster Zeit Ausdehnen könnte. In bezugnahme auf den Artikel "Lebensschützer mit Tarnkappe" aus der Nr.317 möchte ich nochmal die Frage an (die autonomen?) VeganerInnen-Gruppen unterstreichen, in welchem Verhältnis ihre Politik und ihre Aktionen zu linksradikaler bzw. autonomer Theorie und Praxis stehen und "daß sie selbstkritisch glaubhaft machen, daß sie ein Teil der linken Bewegung sind"!

Der LeserInnenbrief von Tofupower hat in dieser Hinsicht keinerlei überzeugende Schritte gemacht. Der Vergleich zwischen Sexshops und kleinen Fleischereien ist ja nun ziemlich unmöglich. Wo soll dieser Vergleich den hinführen? Etwa Gewalt gegen Frauen ist so etwas ähnliches wie Gewalt gegen Tiere? Aber ich will dir ja nicht gleich das schlimmste unterstellen. Trotzdem sind es gerade diese Vergleiche oder gar Gleichstellungen, die mich oft sehr mißtrauisch gegenüber der Tierrechts- bzw. veganen Bewegung machen.

Die Fragen der Ernährung und des Tierrechts sind auch meiner Meinung nach wichtig für "eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung", deshalb sind Tiere und Menschen nicht das gleiche und die Verhältnisse unter- und zueinander noch lange nicht der gleiche Zusammenhang. Ausbeutung und Unterdrückung in der menschlichen Gesellschaft lassen sich nicht durch ein neues Verhältnis dieser zu Tieren lösen. Genausowenig wie der Kampf gegen die kleinen (Öko)Fleischer in irgend einer Weise etwas am Imperialismus ändert. Es riecht in deinem LeserInnenbrief manchmal nach einem neuen Hauptwiderspruch. Überhaupt scheint mir, müßte die Ernähungsfrage und die Frage des Tiermords wesentlich differenzierter betrachtet werden.

Ich würde von dir (Tofupower) noch einmal erheblich differenzierter wissen wollen, welche politischen und strategischen Vorstellungen du mit der veganen Bewegung und den Aktionen gegen die kleinen (Öko)Fleischreien verbindest? Einfach alles auf den Tiermord zurückzuführen ist doch ein wenig sehr einfach, oder? Ein wenig bissiger formuliert: Kannst du etwa keiner Fliege etwas zu leide tun? Welcher Zusammenhang besteht denn zwischen Kapitalismus und Tiermord? Und natürlich haben die kleinen Geschäfte eine kapitalistische Realität, wie du selbst wohl auch oder lebst du gerade nur von Liebe, Luft und Sonne?

Als letztes möchte ich noch eine Frage stellen, inwieweit du dich als Mensch den berufen siehst, die "Tierheit" jetzt zu retten? Für mich jedenfalls ist die Frage der Tierbefreiung ersteinmal sehr äußerlich und moralisch.

ein halbvegetarier

PS.: Oder läst du dir von einen Fleischfresser sowieso keine Fragen stellen?

Brief von Birgit Hogefeld

Antrag auf Unterbrechung des Prozesses während der erneuten - befristeten- Einzelhaft

Seit letzten Freitag bin ich wieder in Einzelhaft, also wieder 23 Stunden am Tag in der Zelle eingeschlossen - die Isolation ist diesmal auf die Dauer von zwei Wochen befristet und läuft formal als Disziplinarstrafe (wegen eines Zusammenstoßes, den SchließerInnen im Oktober 94 provoziert hatten und bei dem am Ende ausschließlich Ich verletzt war und mir die Kleider vom Leib gerissen worden waren).
Das OLG hat diese befristete Einzelhaft in einem Beschluß von Ende Dezember gegen mich verhängt, also vier Wochen nachdem ich hier eine Erklärung über Isolationsfolter und ihre Wirkung vorgelesen habe. In dieser Erklärung habe ich sehr viele persönliche Erfahrungen und Eindrücke aus den 13 Monaten, die ich in Isolationshaft gewesen bin, beschrieben und auch, daß ich diese Zeit für mich selber noch lange nicht für abgeschlossen halte. Jeder Mensch, der eine solch persönliche Erklärung schreibt, weiß, daß er sich damit angreifbar macht, das ist der Preis - mir war das bewußt und ich habe heute keinen Grund mich darüber zu beschweren; spätestens nachdem mein Text breit veröffentlicht worden war und auch bei Leuten, die sich ansonsten nicht mit dieser Problematik beschäftigen, Diskussionen ausgelöst hat, war abzusehen, daß die Bundesanwaltschaft und OLG mir früher oder später die Rechnung liefern werden. Das ist jetzt der Fall.

Nach gerade mal 4 Monaten 'Normalvollzug' liegt es auf der Hand, daß ich zwei Wochen Einzelhaft anders erfahre und erlebe als Menschen, die nicht gerade eine längere Zeit Isolationshaft hinter sich haben. Für mich ist es nicht die 'normale Gemeinheit', die jeder Einschluß für Gefangene bedeutet, ich durchlebe zwei Wochen lang 13 Monate Isolationshaft - vom ersten Tag an war alles wieder da, 100 Erinnerungen, Gefühle, Eindrücke. Aus diesem Grund beantrage ich, daß der Prozeß gegen mich für die Dauer dieser befristeten Einzelhaft unterbrochen wird - oder daß diese Disziplinarstrafe sofort aufgehoben wird. Ich bin unter diesen Bedingungen nicht verhandlungsfähig, weil ich mich schwerpunktmäßig mit der Isolation und ihren Wirkungen bei mir und gegen mich auseinandersetzen muß und auch will; ich kann mich z.Zt. also nicht in dem Maß, wie ich es für richtig und notwendig erachte, auf diesen Prozeß vorbereiten und konzentrieren.

Aus der Überwachung meiner Briefe und meiner Besuche und der Kontrolle der Post, die meine AnwältInnen mir schicken, ist der Bundesanwaltschaft und dem OLG bekannt, daß ich z. Zt . an einer Erklärung überlege und schreibe, die sich auf die Aktion der Raf gegen die Rhein-Main Air-Base und die ErschieBung des amerikanischen GI Pimental bezieht. Mich jetzt wieder - zwar befristet, aber jederzeit in einer neuen Runde wiederholbar - in Einzelhaft zu stecken, soll auch verhindern, daß ich mich hier zur Geschichte der Raf und der gesamten Linken und einer politischen Perspektive in Richtung auf eine menschliche Gesellschaftsentwicklung äußern kann . Aber auch bezogen auf die aktuelle Prozeßphase hat es Logik, dafür zu sorgen, daß ich mich nicht auf dieses Verfahren konzentrieren kann .

Lebenslänglich wegen angeblicher O-Beine

Die jetzige Prozeßphase soll durch das systematische Durcheinanderwürfeln von z.b. Zeugenbefragungen zu verschiedenen Anklagekomplexer nach außen hin als ' uninteressant ' dargestellt werden, um Medien-und Zuschauerinteresse zu verhindern. Am letzten Prozeßtag hat die Bundesanwaltschaft versucht, im Anklagepunkt 'Tietmeyer ' ihr mehr als dürftiges BKA-Schriftgutachten durch die Aussage einer Zeugin untermauern zu lassen. Diese Zeugin ist im gesamten Verfahren gegen mich - ansonsten basiert die Anklage in erster Linie auf wackligen BKA-Schriftgutachten - die Hauptbelastungszeugin und so sollte mit ihrer Aussage am letzten Verhandlungstag sozusagen 'ohne daß die Öffentlichkeit viel davon mitkriegt' das lebenslänglich-Urteil gegen mich festgeklopft werden. Die Zeugin hat bei ihrer ersten polizeilichen Vernehmung die Anmieterin des Fahrzeugs wie folgt beschrieben: » Die Frau hatte eine schmale zum Gesicht passende Nase« ... »Nach intensiver Durchsicht bin ich mir sicher, daß die Frau auf dem Lichtbild 2-16.2 ... mit der Frau identisch ist, die ... das Fahrzeug anmietete.« Auf dem Lichtbild 2-16.2 war Sigrid Sternebeck abgebildet.
Nun will die Zeugin mich als die Mieterin wiedererkannt haben und zwar an »O-Beinen«, einer »krummen Nase« und »fleischigen Wülsten unter den Augen«.

Alle diese drei Merkmale treffen auf mich nicht zu. Es wird kein Problem sein, beispielsweise ein Gutachten vorzulegen, das besagt, daß ich keine O-Beine habe, jede/r Orthopäde/in wird bestätigen, daß ich nach der Art der Hüftgelenkoperationen, die ich hinter mir habe, gar keine O-Beine haben kann. Auf all solche Fragen auch einer juristischen Verteidigung soll ich mich im Moment nicht konzentrieren können - auch deshalb die erneute Einzelhaft.

Auch der Bundesanwaltschaft muß mittlerweile aufgegangen sein, daß sie mich schlecht wegen Mordes an diesem GSG 9-Mann verurteilen lassen kann, wo heute wirklich jede/r weiß, daß ich zum Zeitpunkt der Schießerei in Bad Kleinen bereits mir einer Polizeipistole am Kopf auf dem Boden lag. Die Knastsprengung in Weiterstadt gibt selbst bei einer Verurteilung kein Lebenslänglich her und bei der Anklage wegen 'Air-Base' gibt es nur diese Schriftgutachten, mit denen bewiesen werden soll, daß ich ein Auto gekauft hätte - da haben sie nicht mal solche O-Bein-Zeugen aufzubieten. Außerdem ist bei diesem Anklagekomplex zu erwarten, daß das Medieninteresse wieder größer sein wird, weil diese Aktion und die Erschießung des GI selbst in linken Kreisen größte Widersprüche und Kritik ausgelöst hat. Von daher wird dann diese Art 'Beweisführung', die heute hier an der Tagesordnung ist, nicht so glatt über die Bühne gehen können.
Aus all diesen Gründen wollen Bundesanwaltschaft und OLG gerade in der aktuellen, als 'langweilig' und 'uninteressant' inszenierten Prozeßphase mit O-Bein-Zeugen und ähnlichen Konstruktionen die 'Beweisführung' (Tietmeyer) für das Lebenslänglich gegen mich schnell abschließen und in die Tasche kriegen - und ich soll mich währenddessen in Isolation mit deren Wirkungen beschäftigen.

Birgit Hogefeld
10.01.1995

seit 1992 haben wir, die antiimperialistische zelle, eine reihe von militanten aktionen in der brd durchgeführt.
in der nacht zum 22.1.95 haben wir dort, wo dr.volkmar köhler (präsident der deutsch-marokkanischen gesellschaft) in wolfsburg wohnt, zwei sprengsätze zusammen mit einer ersten erklärung vorbeigebracht. als hintergrund zu dieser aktion veröffentlichen wir jetzt einen zweiten diskussionsbeitrag. wir wollen mit diesem text dazu beitragen, daß in der brd gelernt wird, den widerstand unserer schwestern und brüder im mahgreb/nahen osten zu verstehen und mit ihnen zusammen gegen den imperialismus zu kämpfen.



jetzt am 14.2.95 sollte eigentlich das sog. westsahara-referendum stattfinden; un-generalsekretär boutros-ghali hat jedoch bereits am 5.11.94 mitgeteilt, daß dieser termin nicht eingehalten werden könne, weil das verfahren, im dem die stimmberechtigten registriert werden sollen, so "kompliziert" sei. seit dem waffenstillstand vom 6.9.91 zwischen den marokkanischen besatzungstruppen u. der frente polisario (frente popular para la liberacion de la saghia el hamra y del rio de oro) warten die in der westsahara bzw. in den algerischen flüchtlingslagern lebenden sahrauis vergeblich darauf, daß das referendum über die unabhängigkeit der westsahara endlich stattfindet.
die imperialistischen staaten bedienen sich des instruments der uno, um das sahrauische volk zu täuschen und die marokkanische besetzung zu verlängern. das schicksal der sahrauis ist gegenstand einer eigenständigen uno-operation: minurso (mission de las naciones unidas para el referendum en el sahara occidental). 80% des westsaharagebietes sind von hassans militärapparat besetzt; die uno hat im rahmen der minurso 272 militärs und 50 zivilbullen bereitgestellt, um diesen besatzungs-status-quo zu "beobachten"; die zivilbullen werden vom bgs-oberst jürgen friedrich reimann (brd) geleitet. hassan als bündnispartner der imperialistischen staaten kann auf diese weise seine unterdrückungspolitik in der westsahara fortsetzen; sofern es schwierigkeiten mit dem sahrauischen widerstand gibt, erledigt die minurso gewissermaßen den rest: als es z.b. im okt.92 zu demonstrationen kam, haben sich jugendliche auf der flucht vor der brutal zurückschlagenden marokkan. repression in die minursostation von smara geflüchtet. sie wurden unverzüglich von der minurso an die marokkan. truppen ausgeliefert. der alltag der sahrauis in der westsahara ist geprägt von verfolgung und extremer armut. stellvertretend für die vielen zahlen, in denen sich diese armut quantifizieren läßt, sei hier nur eine zahl des world population profile (us bureau of the census) genannt: 1993 starben dort von 1000 geborenen säuglingen 177, d.h. die westsahara hat eine noch höhere säuglingssterblichkeit als die vom bürgerkrieg gezeichneten länder afghanistan oder angola. wie versiert die imperialistischen staaten in ihren anstrengungen sind, unterdrückungsverhältnissen den anschein völkerrechtlicher legitimität zu verleihen, zeigt die vorgehensweise der minurso bei der organisierung des referendums: vom 28.8. bis zum 25.10.94 konnten die innerhalb und außerhalb der westsahara lebenden sahrauis nach jahrelanger verzögerung bei der minurso den antrag stellen, als abstimmungsberechtigt registriert zu werden. von den 230000 anträgen stammt jedoch ein beträchtlicher teil gar nicht von menschen sahrauischer herkunft. die marokkan. regierung hat in der letzten woche vor dem 25.10. en bloc 150000 anträge abgegeben. für hassan ist klar, daß das referendum die "marokkanität der westsahara" bestätigen wird; um nichts dem zufall zu überlassen, steht die uno auf dem standpunkt, daß alle abstimmungsberechtigt sind, die zu einem stamm gehören, von dem mindestens eine person im zensus der span. kolonialmacht von 1974 erfaßt ist. somit könnten komplette nordmarokkan. stämme am referendum teilnehmen und die sahrauis würden zu einer minderheit in der gesamtheit der abstimmungsberechtigten. auf jeden fall hat hassan sein ziel schon erreicht, auch in der nächsten zeit den besatzungsterror fortführen zu können: bis zum 31.10.94 ist von der minurso erst über 4000 der eingereichten anträge entschieden worden, und mensch kann sich ausrechnen, wielange die minurso für 230000 anträge brauchen wird. ob die minurso ihre entscheidungskriterien vollständig oder in modifizierter form gegen den protest der polisario wird durchsetzen können, ist zur zeit unklar. die von hassan in die westsahara deportierten marokkaner/innen (allein 45000 vom sept. bis zum okt.91) müssen sich derweil in ihren sammellagern weiterhin für das referendum bereithalten. wenn das referendum nicht den gewünschten verlauf nehmen sollte, hat hassan in der frz. liberation vom 30.10.94 gedroht, würden die unterlegenen abstimmungsteilnehmer von marokko bewaffnet. was das heißt, ist klar.
der sahrauische befreiungskampf ist in den 80ern an seine grenzen gestoßen: ende der 70er hatte die sahrauische elps (ejercito de liberacion popular sahrawi) noch 90% der westsahara kontrolliert, woraufhin die imperialistischen staaten arbeitsteilig eingriffen: ab 1980 schickte frk., ab 1982 die usa und ab 1985 israel militärberater nach marokko. das ergebnis dieser politik sind die 2400km langen befestigungswälle mit minenfeldern im vorfeld, die 80% des sahrauischen territoriums nach osten und süden abschirmen, so daß für angriffsaktionen von außen kaum noch spielraum blieb. mächtige bündnispartner marokkos wie die brd und saudi-arabien haben gewährleistet, daß sich hassan diese kostspielige "mauer" leisten konnte. direkte kontinuierliche friedensverhandlungen hat es zwischen der marokkan. regierung und der polisario bisher nicht gegeben. die brd und frk. haben in der uno-vollversammlung im okt.94 deutlich gemacht, daß sie solche verhandlungen auch gar nicht für unbedingt notwendig halten.



"gleichermaßen erinnern wir alle völker der welt an ihre verantwortung und pflicht, dieses angegriffene volk zu unterstützen u. das imperialistische komplott, dessen opfer es wurde, zum scheitern zu bringen." (polisario, 4.3.76)
während sich einige führungsfiguren der polisario in den 90ern immer weiter auf das diplomatische parkett vorwagen, plädieren viele sahrauis dafür, der eigenen entschlossenheit, der stärksten waffe in jedem befreiungskampf, ausdruck zu verleihen. dies ist der hintergrund für die protestaktionen der sahrauis in südmarokko im sept. und in der westsahara im okt.92. die eigene entschlossenheit war es, die genoss/inn/en wie el ouali mustapha sayed anfang der 70er dazu bewog, mit dem militanten kampf zu beginnen. die klein gruppe "keimzelle einer bewegung zur befrei-

ung der sahara" warb bei den über den ganzen maghreb verstreut lebenden sahrauis für den befreiungskampf gegen spanien. bis auf libyen erklärte sich kein land des maghreb bereit, die gruppe zu unterstützen. begonnen haben die sahrauischen militanten 1973/74 mit "nadelstichaktionen" gegen die span. kolonialmacht, z.b. indem sie die unbewachten kontrollstationen des vom krupp-konzern (brd) gebauten phosphatförderbandes zwischen bou craa und el aaiun nachts besucht und in brand gesteckt haben. 1975 setzten die usa und frk. durch, daß spanien seine kolonie an marokko und mauretanien verkaufte, woraufhin die polisario entschied, zunächst die im vergleich zu marokko schwächeren mauretanischen besatzungstruppen zum rückzug zu zwingen. um die schwachen sahrauischen kräfte zu schonen und gleichzeitig maximalen politischen druck ausüben zu können, setzte el ouali durch, daß statt direkter konfrontation ein unerwarteter angriff in nouakchott, der mauretanischen hauptstadt, durchgeführt wurde: im juni 1976 wurde der dortige präsidentenpalast mit granaten beschossen; gleichzeitig wurden die gelände der botschaften der udssr und der brd getroffen. beim rückzug von dieser aktion wurde el ouali von mauretanischen soldaten erschossen.

wann und auf welche weise auch immer die sahrauischen flüchtlinge aus den lagern, die von der algerischen regierung in der nähe von tindouf geduldet werden, in die westsahara zurückkehren werden: die sahrauischen frauen, die dort seit nun fast 20 jahren das leben nach einem radikaldemokratischen und egalitären gesellschaftsmodell, den antiimperialistischen grundsätzen der polisario aus den 70ern entsprechend, organisieren, werden ihre widerstandserfahrung als waffe gegen neue patriarchale/imperialistische unterdrückungsversuche einsetzen.

"für die sahrauischen frauen ist der islam weder frauenfeindlich noch rückschrittlich - wie es viele deutsche frauen von ihnen hören wollen -, sondern eine der quellen, aus denen sich ihr befreiungskampf speist." (salimah mellah)

wenn die potentiell revolutionäre rolle, die der islam im internationalen antiimperialistischen kampf besitzen kann, verstanden werden soll, ist eine differenzierte herangehensweise notwendig. wir wollen anhand einiger gesichtspunkte erläutern, was wir damit meinen:

1) die parole "al-islam huwa al-hall" (d.h. "der islam ist die lösung"), wie sie in der islamischen welt manchmal zu hören ist, kann nur abgelehnt werden. allein schon der sinnlose bürgerkrieg in afghanistan zeigt, daß diese parole nicht zutreffend ist.

2) die islamische weltgemeinschaft (al-umma al-islamiya) bildet alles andere als eine einheit: hier braucht nur der konservative staatsislamismus, wie er von der "islamischen weltliga" als antirevolutionäre legitimationsideologie der saudischen monarchie vertreten wird, verglichen zu werden mit der "wilayat al-faqih"-theorie von ruhollah musawi al-khomeini, die zur islamischen revolution im iran ende der 70er und zum sturz des schah führte.

3) im widerstand gegen den westlichen kulturimperialismus ist für viele menschen im maghreb u. im nahen osten das festhalten an der eigenen islamischen kulturellen identität elementare notwendigkeit. wir müssen die brd-"kultur", die als eine mischung aus ethanol, rtl und tui bezeichnet werden kann, täglich erleben. von den menschen im maghreb/nahen osten kann nicht erwartet werden, daß sie so etwas übernehmen.

4) die imperialistischen staaten kommen mit den islamkonzeptionen besonders gut zurecht, die zur unterdrückung von menschen dienen und somit für die imperialistischen ausbeutungsmechanismen funktional sind. im maghreb/nahen osten ist das insbesondere der fall beim "beherrscher aller gläubigen", wie sich der marokkanische könig hassan nennen läßt. dessen "islam"verständnis dokumentiert sich z.b. in der moschee "hassan der zweite" in casablanca; für dieses von saudi-arabien mitfinanzierte statussymbol hat er einen ganzen stadtteil niederreißen lassen, während tausende marokkaner/innen in slums leben müssen. auf der 7. ico-gipfelkonferenz im vergangenen jahr hat hassan ernsthaft versucht durchzusetzen, daß die islamischen prinzipien im interesse der imperialistischen staaten definiert u. schriftlich dokumentiert werden sollen. bezeichnend für sein "islam"verständnis war auch sein verhalten während des zweiten golfkrieges, der für das irakische volk eine entsetzliche katastrophe bedeutet/e: hassans truppen gehörten zu den ersten, die zur unterstützung der usa im herbst 1990 in saudi-arabien eintrafen. als am 3.2.91 in rabat 500000 marokkaner/innen gegen den krieg demonstrierten und die parole "kafana mina l'hurub - america 'adouat achchu 'ub" (wir haben die nase voll von kriegen - amerika ist der feind der völker) skandierten, erklärte hassan "seinen lieben untertanen" (so nennt er das marokkan./sahrauische volk), daß die truppen nach saudi-arabien zum schutz von mekka geschickt worden seien.

5) es gibt islamkonzeptionen, die im krassen widerspruch zum imperialistischen system stehen und deshalb für alle, die sich als teil des internationalen antiimperialistischen kampfes begreifen, von größtem interesse sein sollten. "der islam ist nicht die religion der dicken bäuche und vollen taschen!" unter diesem leitspruch steht die islamkonzeption der jamahiriya. die islamischen prinzipien werden hier als anleitung zur permanenten revolution verstanden. dieser revolutionäre islam dient als waffe im kampf für freiheit und gerechtigkeit. die gattung des hadith, in der die lebensführung des propheten muhammad nicht authentisch überliefert ist, wird abgelehnt. anerkannt dagegen wird der koran mit seinen allgemeinen humanistischen und ethisch-moralischen prinzipien. entscheidend ist der igtihad, d.h. die art und weise, wie diese prinzipien unter den jeweiligen orts- u. zeitumständen zur anwendung kommen. den basisdemokratischen prinzipien der jamahiriya entsprechend erfolgt der igtihad nicht durch eine religiöse elite; so wird z.b. das rechtssystem, als übertragung des sura-prinzips des korans in die heutige zeit, demokratisch diskutiert und festgelegt. das traditionelle islamische recht, die scharia, wird dabei als kulturelles erbe verstanden und nur insofern angewandt, wie das für die entwicklung einer egalitären gesellschaft sinnvoll ist. der revolutionär ausgerichtete islam in der jamahiriya ist dort einer der bezugspunkte im kampf für eine gesellschaft ohne ausbeutung des menschen durch den menschen. daraus ergibt sich eine nähe zu uns als kommunist/inn/en.

"before my eyes, all the colonial powers are in an alliance and carrying on a joint combat. we must, we the others, thus fight collectively, or else, they will deal us fatal blows, one after the other. this is a matter of extreme importance. the joint struggle should conform to the principles we proclaim. it should be a natural right that should be enjoyed by all the peoples and all the masses everywhere in the world. joint struggle presupposes the recognition of the right of the peoples to organize a joint front fighting for liberty and against imperialism, zionism, racism, reaction and fascism in all parts of the world."
mu'ammar al-qaddafi im märz 1986 auf dem internationalen widerstandskongreß in tripolis)

die antiimperialistische position, die die jamahiriya in theorie und praxis einzunehmen versucht, ist für die imperialistischen staaten, insbesondere die usa, dermaßen eine po-

..., daß alles mögliche versucht wird, um die jamahiriya zu erpressen. dazu gehört die direkte bombardierung von tripolis und benghazi am 15.4.86, bei der mehr als 70 libyer/innen getötet wurden. diese aktion der us-bomber wurde von eucom, der kommandozentrale der us-streitkräfte in europa, in stuttgart geplant und geleitet. dazu gehört auch das embargo, das die uno als instrument der imperialistischen staaten, auf den tag genau 6 jahre nach der bombardierung, am 15.4.92 beschlossen hat. dieses embargo ist inzwischen verschärft worden und ist eine der vielen maßnahmen, die die jamahiriya unter permanenten druck setzen sollen.

6) international stellt sich ganz allgemein die frage, inwieweit eine zusammenarbeit mit revolutionär-islamischen gruppen bei der durchsetzung begrenzter ziele möglich und sinnvoll ist. die palästinensischen genoss/inn/en z.b. haben sich dafür entschieden, sich mit organisationen, die auf islamischer grundlage kämpfen, zu einer widerstandsfront gegen die rabin-/arafatclique zusammenzuschließen. dieser versuch, verschiedene gruppen zur verstärkung des antiimperialistischen kampfes im rahmen pragmatischer zusammenarbeit zusammenzuführen, ist ein positiver schritt, der richtungsweisend sein kann.

"wenn ich aber die wahl hätte, aus dem volk von israel einen binationalen staat von, sagen wir mal 4,4 mio., vielleicht auch 5,5 oder 6 mio. juden und 3 mio. palästinensern zu machen, dann ist das, meiner bescheidenen meinung nach, nicht die vision, die die juden in den vergangenen 2000 jahren von der heimkehr nach zion gehabt haben." (premierminister rabin, 23.4.94)

nach der umzäunung des gazastreifens werden vom staat israel jetzt pläne erarbeitet für einen 380 km langen elektronisch gesicherten grenzzaun, der von mehola im norden des westjordanlandes vorbei an jerusalem bis nach en gedi im süden verlaufen soll. der staat israel hält rund 9000 palästinenser/innen als politische gefangene fest, insbesondere jene, die das gaza-jericho-abkommen vom 13.9.93 ablehnen. die funktion des friedens von oslo/washington liegt u.a. darin, die intifada zu ersticken. dies soll von der palästinensischen "nationalbehörde", die von der arafatclique geleitet wird, unter der aufsicht der armee israels erledigt werden. daß arafats 9000 bullen dafür geeignet sind, haben sie am 18.11.94 in gaza-city gezeigt: ein protestmarsch des dschihad islami, der nach dem freitagsgebet von der moschee aus durch die stadt zog, wurde von diesen bullen mit maschinenpistolen angegriffen; dabei wurden mehr als 20 demonstrant/inn/en getötet. zur belohnung haben die imperialistischen staaten, u.a. die brd, damit begonnen, die finanzielle unterstützung, die sie arafat für sein autonomiegebiet als "geberländer" bislang nur versprochen hatten, tatsächlich auszuzahlen.

auf dem weg zu einer gesellschaft, in der menschen jüdischer/palästinensischer herkunft ohne unterdrückung und ausbeutung leben können, sind zum einen jene jüdinnen/juden wichtig, die bewußt aus dem zionistischen konsens ausbrechen u. zum beispiel zusammen mit palästinenser/inne/n gegen die teuflische siedlungspolitik des staates israel demonstrieren. zum anderen greifen die palästinensischen genoss/inne/n der fatah/revolutionsrat die exponenten der arafat-clique seit vielen jahren direkt militant an.

"wenn deutschland seinen anteil an der vernichtungs- u. zerstörungspolitik in kurdistan fortsetzt, werden seitens der argk ökonomische und politische ziele angegriffen. in der türkei und in kurdistan werden wir selbstmordaktionen gegen deutsche ziele durchführen." presseerklärung der argk, 17.1.95

... des brd-staates kooperieren aufs engste mit den vertretern der kemalistischen ideologie, die die politik der türkei bestimmen. der "so geschätzte partner" (kanther, cdu) benötigt 3 mio. us-dollar täglich im krieg gegen den kurdischen befreiungskampf. ohne die unterstützung der imperialistischen staaten könnte der türk. staat diesen krieg nicht fortführen. mit ihrer selbstverbrennung im märz 94 in mannheim wollten nilgün yildirim und bedriye tas auf die übereinstimmung der maßnahmen des türk. und des brd-staates in ihrer zielrichtung hinweisen: beabsichtigt ist die erstickung des kurdischen widerstands. dazu benutzt die türkei die methode des offenen krieges, die brd die methode des polizeistaates: verbot von organisationen, gefangennahme von kurd/inn/en, die die baw als "führungskader" bezeichnet, verfolgung durch den verfassungsschutz, erschießung von halim dener.

nicht zuletzt, was die auseinandersetzung zwischen der pkk/argk und dem türk. staat betrifft, ist das verhalten der türk. linken von bedeutung: die genoss/inn/en von thkp/c devrimci sol kämpfen in der türkei für den neuaufbau einer militanten antiimperialistischen kraft, die u.a. auch bezüglich des kurdischen befreiungskampfes einen revolutionären standpunkt einnimmt.

im eigenen kampf um befreiung die schwestern und brüder, die im maghreb/nahen osten gegen den imperialismus widerstand leisten, durch direkte intervention in der brd unterstützen !

"das konzept stadtguerilla stammt aus lateinamerika. es ist dort, was es auch hier nur sein kann: die revolutionäre interventionsmethode von insgesamt schwachen revolutionären kräften." (rote armee fraktion, 1971)

der militante aufbruch der raf anfang der 70er bedeutet, daß die beteiligung am internationalen antiimperialistischen kampf hier in der brd nicht nur notwendig, sondern auch möglich ist. die frage jetzt ist, ob diese erkenntnis tatsächlich im kapitulationsmainstream derjenigen untergeht, die in der vergangenheit ihre politische identität angeblich über den antiimperialistischen kampf definiert haben.

jetzt, mitte der 90er, gilt es herauszufinden, wie, ausgehend vom objektiven zusammenhang zwischen dem eigenen weg zur befreiung und dem internationalen antiimperialistischen kampf, aus einer position der schwäche heraus mit eigenen widerstandsformen druck auf den brd-staat ausgeübt werden kann.

teil der widerstandslinken in der brd sind die gefangenen aus der roten armee fraktion.

solidarität mit den 10 gefangenen, die die prinzipien des 22-jährigen kampfes der raf (1970-1992) verteidigen, bedeutet auch, jetzt konkret an schritten zu überlegen, wie durchgesetzt werden kann, daß sie als übergang bis zur freilassung zusammenkommen. der brd-staat muß christine kuby endgültig freilassen!

solidarität mit birgit hogefeld, was den prozeß in frankfurt betrifft, bedeutet u.a., daß mehr gegenöffentlichkeit geschaffen wird, auch als schutz für birgit gegen die repressiven maßnahmen dort. der brd-staat muß karl-heinz dellwo, knut folkerts und lutz taufer sofort und bedingungslos freilassen!

wir finden es gut, wie sich seit sept./okt.94 autonomer widerstand in der brd in verschiedenen aktionsformen konkretisiert hat. für relevante widerstandspolitik ist es notwendig, daß unterschiedlichste aktionsformen einander ergänzen. **es ist von uns bewußt gesetzt, daß zur erzeugung von politischem druck an den orten, an denen wir aktionen durchführen, räumlich u. zeitlich begrenzt eine potentiell tödliche bedrohung entsteht.**

dafür geben wir unsere ganze kraft. **zusammen kämpfen !**

13.2.95, antiimperialistische zel

SOLIDARITÄT MIT BENJAMIN RAMOS VEGA !
VERHINDERN WIR DIE AUSLIEFERUNG AN DEN SPANISCHEN STAAT !

Am Samstag, den 4.2. wurde der 32-jährige Baske Benjamin Ramos Vega, der in Spanien wegen "Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung"(ETA) gesucht wurde, in Berlin verhaftet. Die Festnahme erfolgte, nach Hinweisen der spanischen Behörden, durch das Sondereinsatzkommando der Berliner Polizei. Zur Zeit befindet sich Benjamin Ramos Vega in der Untersuchungshaftanstalt Moabit in Einzelhaft und wartet auf sein Auslieferungsverfahren.
Jone Goirizeldia, Abgeordnete der linken baskischen Partei Herri Batasuna (HB) und Anwältin baskischer politischer Gefangener, Blanka Kalzakorta, Mitarbeiterin der internationalen Abteilung der baskischen Menschenrechtsorganisation Gestoras Pro Amnistia, sowie Iñigo Elkoro, Anwalt baskischer politischer Gefangener, sind nach Berlin gekommen, um Möglichkeiten zu prüfen, die drohende Auslieferung an den spanischen Staat zu verhindern. Sie befürchten, ebenso wie Benjamin Ramos Vega selbst, daß ihm bei einer Auslieferung Folter und menschenunwürdige Haftbedingungen erwarten.

(Das komplette Interview findet sich im Ordner, d. ls.)



DARSTELLUNG DER EREIGNISSE IN WILHELMSHAVEN , NACH DEM ANSCHLAG AUF DIE MERCEDEATH BONZ FILLIALE LONECKE

In der Nacht vom 11.01.95 zum 12.01.95 wurde ein Brandanschlag auf die Mercedeath Bonz Filliale Lonecke (WHV) verübt . Ein Wagen brannte dabei völlig aus ; Sachschaden : ca. 160.000 DM.
Wir (die UnterstützerInnen) gehen davon aus , daß sich dieser Anschlag , wie eine Reihe anderer Soliaktionen , auf die Räumung des Hüttendorfes "Anatopia " , durch Mercedeath Bonz , bezieht .
Ein BekennerInnenschreiben gab es nicht !
Wir wollen hier eine kurze Darstellung bzgl. der darauffolgenden Repression , seitens der Staatsschergen , gegen einige Menschen aus unseren Zusammenhängen schildern.

Am Freitag , den 13. 01. 95 (!) , verschafften sich mehrere Bullen vom K7 WHV, unter dem Vorwand sie wären MitarbeiterInnen vom Gas und E- Werk , zutritt in die Wohnung einer Wilhelmsavener Antifaschistin. Der Durchsuchungsbefehl wurde der Betroffenen erst nach (!) dem betreten der Wohnung gezeigt . Ein Telefonat wurde ihr von Anfang an verwehrt , stattdessen war sie heftigen Drohungen bzgl. ihrer pers. Freiheit ausgesetzt . (Sie wurde z.B. darauf hingewiesen sich ihre Zahnbürste und viel Geld einzupacken , da sie damit rechnen müsse , bis zu einem Jahr in U - Haft zu kommen) . Die Schergen schleppten Säckeweise vermeintliches Informationsmaterial (darunter ein Tagebuch) aus der Wohnung und nahmen die Tatverdächtige vorläufig fest . Auf der Wache folgte ein mehrstündiges Verhör , durch den geschulten Polit - Bullen Has . Dieser schaffte es , der eingeschüchten Angeklagten , die wichtigsten Informationen zu entlocken , z. B. die Namen evtl. Tatverdächtiger . - Die Aussage wurde umgehend vom zuständigen Haftrichter abgesegnet .
Die in der Aussage namentlich Genannten , wurden ebenfalls zu Hause aufgesucht und Vorläufig Festgenommen . Es wurde von den beiden keine Aussage zu dem Sachverhalt gemacht !!
Alle drei wurden ED - Mißhandelt und dann wieder auf freien Fuß gesetzt .
Desweiteren brachte und bringt dieses Verfahren die üblichen Repressionen mit sich : Telefonterror , ständige Observation der Angeklakten und ihrer FreundInnen , abhören der Telefone , usw.



Am 19. Januar fand dann eine weitere Hausdurchsuchung bei einem der Verdächtigen statt.
Die Bullen wollten ihm unterstellen bei einer anderen Aktion beteiligt gewesen zu sein , und kamen gleich mit verstärkung zweier Oldenburger Staatsschergen . An Beweismaterial wurde u.a. ein fast zehn Jahre altes HC - Magazin , und einige ALHAMBRA - Programme sichergestellt .

LASSEN WIR UNS NICHT EINSCHÜCHTERN
ANNA UND ARTHUR HALTENS MAUL
KEINE AUSSAGEN AN BULLEN UND JUSTIZ
SOLIDARITÄT MIT DEN ANGEKLAGTEN
KOMMT ALLE ZU DEN SOLI - VERANSTALTUNGEN

Wir , die UnterstützerInnen , wollen den HERRschenden Medien etwas entgegensetzen !!!
Deshalb gibt es am 16.3. 95 eine Info - Veranstaltung im ALHAMBRA . (Beginn 20.30. Uhr)

Das Lesebuch zum Autonomie-Kongreß



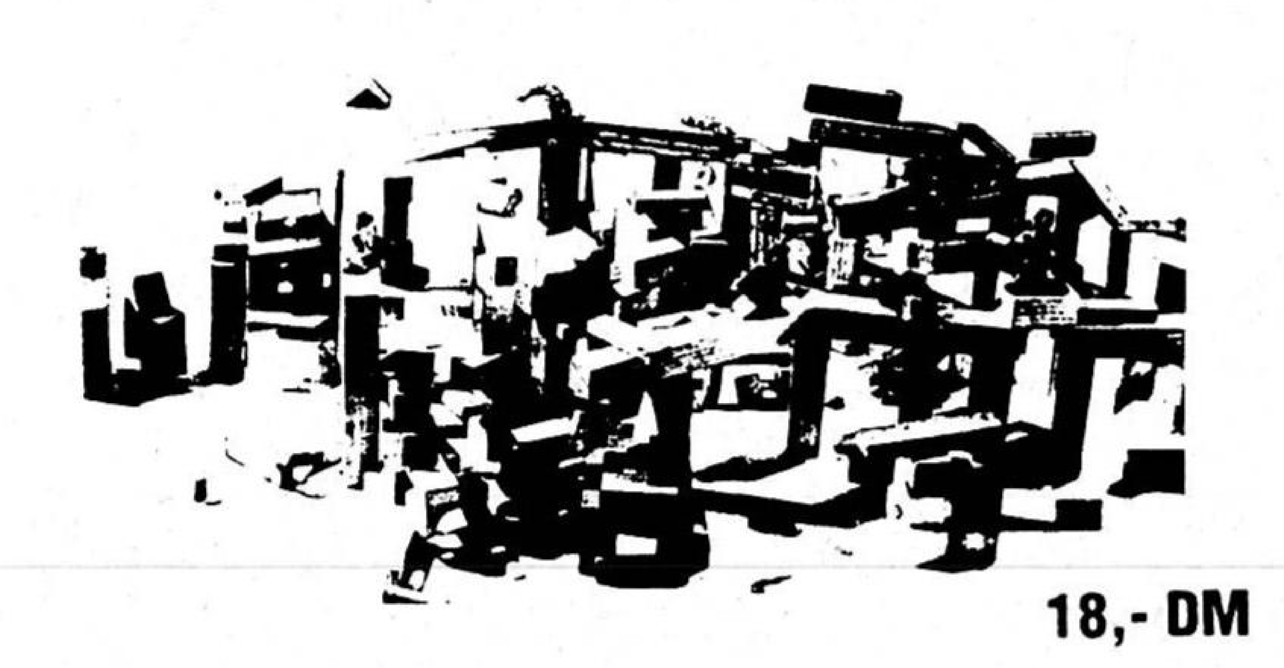
"Bei den in einem sogenannten 'Lesebuch zum Autonomie-Kongress' dokumentierten Interviews handelt es sich um eine Auswahl von Selbstdarstellungen einzelner Linksextremisten. Wie aus Kreisen der Sicherheitsbehörden zu erfahren war, ist man gegenwärtig bemüht, die Personen zu identifizieren, die sich hinter den offensichtlich verwendeten Decknamen verbergen" DIE WELT

"Die in einem 'Lesebuch' zu einem Autonomie-Kongress zusammengestellten Interviews mit 20 Personen aus der linksradikalen Szene erwecken den Eindruck eines wohlabgewogenen und fundierten Querschnitts der aktuellen autonomen Bewegung" FR

"Es gibt sie also noch die notorischen Neinsager, die das Leben bestraft, weil sie zu spät gekommen sind: die Autonomen. In einem jüngst in der Szene gehandelten 'Lesebuch zum Autonomie-Kongress' veröffentlichen ungenannte Herausgeber die Lebensbeichten von 20 Abgekämpften unter dem sinnfälligen Titel 'Der Stand der Bewegung'" Der SPIEGEL

"Wie von der Pressestelle der Polizei zu erfahren war, planen Berliner Autonome für Ostern einen Autonomie-Kongress. Auf Nachfrage wies Polizeipräsident Saberschinsky auf ein sogenanntes Lesebuch mit dem Titel 'Zum Stand der Bewegung' hin, das augenscheinlich dazu dienen soll, das Auseinanderfallen der Szene aufzuhalten und für die Teilnahme an dem Kongress zu werben." taz

"Jetzt gibt es schon ein ganzes Buch zum Autonomie-Kongress. Wer soll das alles lesen? Das Skript, das ihr uns zugeschickt habt, ist mal wieder 2-zeilig geschrieben, und dann auch noch auf Umweltpapier! Für den Ordner ist es zu dick. Wir wissen auch nicht, wo wir es hintun sollen. Bitte meldet euch noch mal!" interim



18 Gespräche über linksradikale Politik
Lesebuch zum Autonomie-Kongreß Ostern 1995

18,- DM

erscheint Mitte Februar; 288 Seiten im Format 13,5 mal 18 cm, Preis 18.- DM.
Bestellmöglichkeiten:
Buchhandlungen, Infoläden und sonstige WiederverkäuferInnen bestellen zu den üblichen Konditionen bei:
Rotation-Vertrieb, Mehringdamm 51, 10961 Berlin;
Tel.: 030 / 692 79 34 oder Fax.: 030 / 694 20 06
Einzelbestellungen bitte an:
Kongreß-Lesebuchgruppe, c/o Mehringhof, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin
(nur gegen 20.- DM Vorauskasse (18.- DM plus 2.- DM für Porto- und Versandkosten) in Form von Bargeld, Briefmarken oder Verrechnungsschecks)

Aus der Einleitung:

Manches ist nur solange klar, wie man nicht versucht, es zu erklären. So geht es mir mit dem Versuch, etwas über die „Bewegung" auszusagen, die den Rahmen der 18 in diesem Buch wiedergegebenen Gespräche bildet. Alle 20 Menschen, die darin zu Wort kommen, sind oder waren Teil einer politischen Bewegung, genauer müßte ich sagen verschiedener politischen Bewegungen, die sich berühren, überschneiden und sich gegenseitig ablösen. Die meisten rechnen sich zu den Autonomen, einige bezeichnen sich als AntiimperialistInnen oder Antifas, manche finden sich unter gar keinem Etikett wieder. (...)

Alle GesprächspartnerInnen sind Menschen, mit denen ich über politische Aktivitäten in Kontakt gekommen bin, zum Teil verbinden uns jahrelange Freundschaften. Sie sind zwischen 17 und 54 Jahren, es sind acht Frauen und zwölf Männer. Fünf sind aus der ehemaligen DDR, drei aus der West-BRD, der Rest aus dem ehemaligen West-Berlin. Der größere Teil von ihnen stammt aus der „alteingesessenen" autonomen Szene, es gibt aber auch GenossInnen, die sich eher dem antiimperialistischen Widerstand zurechnen, viele jüngere, die sich, wenn überhaupt, als Antifas bezeichnen, und sogar ein Grünen-Mitglied. Die Grenzen der politischen Zugehörigkeit waren nie wirklich starr, vor allem bei konkretem Handeln nicht, und sie verschwimmen im Laufe der neueren Entwicklungen immer mehr. (...)

Die Hoffnung auf offene Kritik und produktiven Streit zwischen den verschiedenen Ansätzen linksradikaler undogmatischer Politik ist das zentrale Anliegen des Autonomie-Kongresses, für den dieses Buch Gedankensammlung und Diskussionsanregung sein soll. Der Kongress wird hoffentlich Ostern '95 in Berlin stattfinden. Wenn es gut geht, kann er so etwas wie eine Bestandsaufnahme, ein Kräftesammeln und ein Generationswechsel für den Neubeginn linksradikaler, undogmatischer, „autonomer" Opposition sein. Andernfalls ist er wahrscheinlich für einige das Schlußwort zu einer Phase sozialer Bewegung, die in ihrem Leben mal eine große und hoffnungsvolle Rolle gespielt hat. Der Ausgang ist offen, so offen, wie die Fragen, die dort zusammengetragen werden könnten.



Immer Dienstag 20 Uhr VOKU
Sonntag ab 12 Uhr Frühstück
Donnerstag 21 Uhr Filme
Montag Abend BAR

Köpenickerstr. 137
U Bahn Heinrich Heine

Der Attentäter

Ein Dokumentarfilm über Herschel Grynszpan und die Vorgänge um die "Kristallnacht"
Buch und Regie: Lutz van Dijk
Produktion: XenonFilm, Michel Bergmann

Am 7. November 1938 erschießt der 17 jährige polnische Jude Herschel Grynszpan den Gesandtschaftssekretär der deutschen Botschaft in Paris, von Rath. Im nationalsozialistischen Deutschland wird dieses Attentat zum Anlaß für die "Kristallnacht" genommen. Der Dokumentarfim "Der Attentäter" versucht, das Leben von Herschel Grynszpan zu rekonstruieren; es werden Freundinnen und Freunde befragt, die Orte aufgesucht, an denen sich Herschel Grynszpan aufhielt.

Wir wollen nach dem Film die aktuelle Kontroverse um die Frage des Gedenkens zum 9. November und des historischen Bezugs (autonomer) antifaschistischer Politik aufgreifen.

Donnerstag 23. Februar 20 Uhr
Infocafé Kassiber im X-B-Liebig
Liebigstr. 34

An alle Frauen und Lesben!
Mit Lust und Laune politische Inhalte vertreten! Spaß und Power rüberbringen!

Vorbereitungstreffen Walpurgisnachtdemo
So. 19.2. um 19 Uhr im Frauenzentrum
Stresemannstr. 40

nix los

Birgit Hogefeld

Nächste Prozeßtermine

Einlaß 9 Uhr, Beginn 9.30 Uhr
9. 2. – 14. 2 – 16. 2. – 23. 2 – 2. 3 – 7. 3 – 9. 3 – 14. 3 – 21. 3 – 23. 3 – 28. 3. – 30. 3 – 4. 4. – 6. 4 – 11. 4 – 24. 4 – 27. 4.

Birgits Postadresse

Birgit Hogefeld c/o OLG Frankfurt, 5. Stafsenat, Postfach, 60256 Frankfurt/M.

Technics zum Prozeß-Info

Das Prozeßinfo wird in Wiesbaden gemacht. Adresse: Info-AG zum Prozeß gegen Birgit Hogefeld, Werderstr. 8 65195 Wiesbaden.

Telefon mittwochs von 17-19 Uhr und freitags von 18-20 Uhr: 0611/44 06 64.

Der Vertrieb des Prozeßinfos ist immer noch nicht zufriedenstellend organisiert. Eine zentrale oder mehrere dezentrale Vertriebsgruppen werden noch gesucht. Große Lücken gibt es weiterhin im Ruhrgebiet und in Hessen, außerdem gibt es keine organisierte Verschickung an die Gefangenen und an die Infoläden.

Die Nr. 3 wird wie folgt verbreitet:

- Schleswig-Holstein: Rote Hilfe, Postfach 644, 24125 Kiel, tel/fax 0431/75141
- Hamburg: »Über den Tag hinaus« c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg
- Berlin / Ex-DDR: Prozessgruppe Birgit Hogefeld, c/o PDS Kreuzberg, Dieffenbachstr. 33, 10967 Berlin, fax 030/6949354
- Stuttgart: Infobüro für polit. Gefangene, Mörickestr. 69, 70199 Stuttgart
- Saarland: basis, Alte Feuerwache, Am Landwehrplatz 2, 66111 Saarbrücken
- Bayern: Infobüro c/o Bücherkiste, Schlehengasse 6, 90402 Nürnberg
- im Spinnennetz und im CL-Netz

Regionale WeiterverteilerInnen, die auch hier in der Liste als Verteilstellen aufgeführt werden wollen, können sich in Wiesbaden melden und erhalten ein kopierfähiges Exemplar. Einzelversendungen können von Wiesbaden aus nicht erfolgen. Die nächste Ausgabe (Nr. 4) wird ca. am 10.-15. März erscheinen.

Prozeß-Spendenkonto

Da sowohl die Kosten im Todesermittlungsverfahrens z. N. Wolfgang Grams sowie die Kosten des Verfahrens gegen Birgit Hogefeld von den Angehörigen alleine nicht getragen werden können, sind Spenden dringend notwendig:

Sonderkonto V. Luley, »Bad Kleinen«
Postgiroamt Frankfurt,
BLZ 50010060, Kto.-Nr. 16072-603 !





„Heute hier und morgen in der ganzen Welt.“

Berlin

Zapfenstreich in Berlin: Stephan Stramm (Lichtenrade), Peter Fleiß (Pankow), Oliver Zucht (Wilmersdorf), Ernst Ordnung (Zehlendorf), Christoph von Draht (Unfriedenau) Kurt Zack (Mitte), Ullrich Untertan und Kollegen

Marschieren für Deutschland.